



EUROPEAN POLICE CONGRESS

PARTNERLAND
POLEN



ZEITENWENDE

für die Innere Sicherheit

Strategie · Resilienz · Zusammenhalt

PRE-MAGAZINE



20.– 21. MAI 2025

CityCube Berlin

Behörden Spiegel

//////spezial



Eine digitale Zukunft für die Polizei

Die entscheidende Rolle von Technologie und digitaler Transformation

Besuchen Sie uns auf dem Europäischen Polizeikongress
Stand Nr. 150



VERTIEFTE ANALYSE UND BERICHTERSTATTUNG



BESSERES SITUATIONS- UND EINSATZBEWUSSTSEIN



MEHR ZEIT FÜR WICHTIGE AUFGABEN



SCHNELLER ZUGRIFF AUF INFORMATIONEN



DIGITALE BEWEISKETTEN



SICHERE KRITISCHE KOMMUNIKATION

DIE EFFEKTIVSTEN LÖSUNGEN FÜR DEN DIGITALEN WANDEL



Cloud



Apps



5G



Handheld-Geräte



Mobile Computer



Asset Tracking

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Europäische Polizeikongress oder im englischen „European Police Congress“ – kurz EPC – gehört zu den jährlichen Veranstaltungshöhepunkten der Behörden Spiegel-Gruppe. Dieser Kongress ist eine unabhängige Veranstaltung zu relevanten Aspekten der Inneren Sicherheit, bei dem hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie aus Forschung und Industrie auf strategischer sowie operativer Ebene zusammenkommen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Mit der Republik Polen haben wir in diesem Jahr erstmalig auch ein Partnerland an unserer Seite, mit dessen engagierter Unterstützung wir Ihnen ein hochinteressantes Programm anbieten können.

Der diesjährige 28. Europäische Polizeikongress findet unter dem nachfolgenden Leitthema statt:

Zeitenwende für die Innere Sicherheit Strategie – Resilienz – Zusammenhalt

Der Begriff der Zeitenwende legt im Kontext der Inneren Sicherheit die Annahme zugrunde, dass es größerer Veränderungen bedarf, um ebene aufrechterhalten zu können. Auch die Politik hat erkannt, dass eine weltoffene und liberal geartete Sicherheitspolitik einhergehen muss mit tiefgreifenden Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden der Inneren und nationalen Sicherheit und eines sicherheitstauglichen und rechtssicheren Fundaments bedarf.

Das in der Vergangenheit eher konservativ anmutende Thema der Inneren Sicherheit ist aufgrund der politischen Situation in Europa zu einer Top-Priorität geworden. Auch die neue Europäische Kommission hat sich der „Sicherheit“ für die kommende Amtszeit verschrieben.

Dabei ist klar: Der rechtliche Rahmen der Inneren Sicherheit fußt auf demokratischen Prinzipien, jedoch entlang des Grundsatzes: Freiheit durch Sicherheit. Der Rechtsruck innerhalb der Europäischen Union und auch in Deutschland erfordert strategische und resiliente Lösungen – eben eine Zeitenwende für die Innere Sicherheit. Damit deckt der EPC wesentliche Themenbereiche und aktuelle Herausforderungen für die, in der Inneren Sicherheit tätigen, Akteure und Organisationen ab.

Seit der Amtseinführung des US-Amerikanischen Präsidenten zeichnet sich ab, dass uns die Auswirkungen der US-Wahl nachhaltiger beeinflussen als erwartet und zusätzliche Herausforderungen mit sich bringen, die auch Spill Over Effekte auf die Bereiche Wirtschaft und Innere Sicherheit haben werden. Diese Effekte werden Europa vor große Herausforderungen stellen, die nur durch Einigkeit, Gemeinsamkeit sowie koordinierte und starke Führung bewältigt werden können.

Den neuen großen Herausforderungen muss die neue Bundesregierung auch mit großen Handlungen und klaren strategischen Zielsetzungen und Prioritäten begegnen, für die absehbar enorme Ressourcen erforderlich sein werden, damit Deutschland als handlungsstarker und -fähiger Partner wahrgenommen wird. Diese Ressourcen werden jedoch mit Blick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage und die erwähnten Mehrheitsverhältnisse nur schwer zu generieren sein.

„Optimismus ist Pflicht!“ – mit diesen Worten möchte ich Sie auf unsere Veranstaltung und auf unser neues Pre-Magazine einstimmen, das wir in diesem Jahr erstmals für den Europäischen Polizeikongress herausgeben und welches Ihnen mehr Zeit und Gelegenheit bietet, sich bereits im Vorfeld mit der Gesamthematik und den Inhalten des Kongresses vertraut zu machen. Wir hoffen sehr, dass unser neuer Ansatz Ihr Gefallen findet.

Mein besonderer Dank gilt dem Moderator der Veranstaltung, Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a. D., der auch die Programmplanung im Voraus wesentlich geprägt hat. Ebenso gilt mein Dank bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe dem ehemaligen Leiter der Oberhausener Direktion Kriminalitätsbekämpfung, Uwe Mainz, sowie dem Leitenden Polizeidirektor a.D. Rüdiger Wollgramm.

Ich freue mich auf interessante Diskussionen und darauf, gemeinsam mit Ihnen einen kleinen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen zu leisten.

Ihre 

Dr. Eva-Charlotte Proll

Herausgeberin und Chefredakteurin Behörden Spiegel-Gruppe



Dr. Eva-Charlotte Proll
Herausgeberin und Chefredakteurin
Behörden Spiegel-Gruppe

Dieter Wehe
Chairman EPC



EUROPEAN POLICE CONGRESS



28. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS – INFORMIEREN – DISKUTIEREN – NETZWERKEN

Zeitenwende für die Innere Sicherheit – Mit diesem Leitthema greift der 28. Europäische Polizeikongress die aktuellen Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden, aber auch für Gesellschaft und Staat insgesamt, auf. Der ursprünglich für die militärische Verteidigungspolitik formulierte Strategiewechsel unter dem Stichwort „Zeitenwende“ hat ebenso große Relevanz für die Innere Sicherheit – letztlich lassen sich Innere und äußere Sicherheit nicht trennen. Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten, aktuell vor allem der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, aber auch innerstaatliche Bürgerkriege, wirken sich in Deutschland und anderen Ländern aus. Fluchtbewegungen haben enorme Auswirkungen auf die Innere Sicherheit, die soziale Infrastruktur und den Zusammenhalt (oder eben die Spaltung) der Gesellschaft. Dazu kommt, dass Kriege nicht mehr auf das Schlachtfeld begrenzt sind, sondern Angriffe durch Spionage, Ausspähung (aktuell vor allem mittels Drohnen), Sabotage der Infrastruktur und Lieferkettensysteme sowie Beeinflussungsversuche der Bevölkerung (vor allem auch über sog. soziale Medien und Netzwerke) gleichsam hybrid erfolgen.

Konsequenterweise greift der 28. Europäische Polizeikongress diese Themen auf. Im vergangenen Bundestagswahlkampf hatte die Innere Sicherheit, insbesondere nach den schrecklichen Anschlügen wie in Mannheim, Magdeburg, Solingen, Aschaffenburg oder München eine wesentliche Bedeutung. Auch im alltäglichen Leben der Menschen entstand durch Bedrohungen im unmittelbaren Lebensumfeld, durch Kinder- und Jugenddelinquenz und Kriminalität bestimmter Großfamilien der Eindruck einer gewissen Ohnmacht des Staates aufgrund fehlenden Willens, die Probleme anzuerkennen und anzupacken. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten dabei auch Fragen tatsächlich oder vermeintlich misslungener Integration von Zuwanderern. Während die Bundesregierung auf die Erfolge verwies, bemängelten die Oppositionsparteien Regelungs- und Handlungsdefizite. Einig war man sich weitgehend,



Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht trennen.

DIETER WEHE, CHAIRMAN EPC

dass das Grundrecht auf Sicherheit durch staatliches Handeln gestärkt werden muss.

UMFANGREICHES HAUPTPROGRAMM

Der 28. Europäische Polizeikongress greift die drängenden Fragen auf und diskutiert diese mit politischen Akteu-

ren und Fachleuten aus Deutschland sowie dem Europäischen Ausland. Freuen können wir uns auf die feierliche musikalische Eröffnung des Kongresses durch das Landespolizeiorchester Brandenburg.

Für den Eröffnungsblock mit dem Titel „Innere Sicherheit – EU-Preparedness und Zeitenwende – Basis für die Demokratie“ haben wir u.a. den EU-Kommissar für Inneres und Migration eingeladen.

Wir danken der Republik Polen, die wir als Partnernation für den Kongress gewinnen konnten. Mit großer Erwartung blicken wir auf die Eröffnungsrede zu den „Strategischen Meilensteinen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2025“. Wir hoffen, dass Herr Minister für Inneres und Verwaltung Thomasz Siemoniak unserer Einladung folgen kann. Das Motto der EU-Ratspräsidentschaft Polens lautet: »Sicherheit, Europa!« Das bedeutet zum Beispiel, dass außen- und innenpolitische Entscheidungen der EU besonders unter dem Aspekt der Sicherheit Europas und der europäischen Staaten stehen. Sicherheit wird dabei im umfassenden Sinne verstanden und beinhaltet unter anderem Innere Sicherheit, Informationssicherheit, Energiesicherheit und ökonomische Sicherheit.

Wie im vergangenen Jahr möchten wir hohe Repräsentanten aus der Ukraine begrüßen, um Einzelheiten zur Sicherheitslage in dem vor mehr als drei Jahren durch Russland ausgelösten Krieg zu erfahren. Der amerikanische Verteidigungsminister und der US-amerikanische Präsident haben Eckpfeiler manifestiert, die in der Ukraine, aber auch den Staaten der Europäischen Union Besorgnisse ausgelöst haben. Teilverzicht auf ukrainisches Territorium, kein NATO-Beitritt, deutlich stärkeres Engagement Europas. Letzteres dürfte sich nicht nur auf den militärischen Unterstützung Deutsch-

lands, sondern auch auf zivile Projekte, wie etwa den Polizeiaufbau auswirken.

In drei hochrangig besetzten Diskussionsrunden werden Fragen der Asylpolitik im Kontext der Inneren Sicherheit, zu operativen Voraussetzungen einer erfolgreichen Zeitenwende sowie zur Kinder- und Jugenddelinquenz diskutiert. Und wir schauen mit dem Beitrag von Interpol, dessen neuen Generalsekretär wir zum Kongress eingeladen haben, über die Grenzen Europas hinweg auf die Herausforderungen der globalen Sicherheitslage.

Der durch den Behörden Spiegel ausgelobte „Zukunftspreis Polizeiarbeit“ am zweiten Kongresstag eröffnet jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen die Möglichkeit, innovative Forschungsergebnisse zu präsentieren. Eine hochrangig besetzte Jury bewertet eingereichte Arbeiten und wählt die Preisträgerinnen und Preisträger aus. Die feierliche Übergabe ist seit langen Jahren ein Höhepunkt des Europäischen Polizeikongresses.

Mit Spannung dürfen wir wieder die traditionelle Runde der Innenminister und -senatoren der Länder erwarten, in der aktuelle Herausforderungen und unterschiedliche Konzepte diskutiert werden.

Im Hauptprogramm präsentieren unsere Kongresspartner aus der Industrie innovative Konzepte, die bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützen.

FACHFOREN

In den Fachforen werden Aspekte der Kriminalitätsbekämpfung behandelt, u.a. KI und Massendaten, familienbasierte Kriminalität, Schleuserkriminalität, Finanzkriminalität, Cybercrime und internationaler Drogenhandel. In der Kategorie Einsatz der Polizei werden Befunde und Konzepte zur Sicherheit von Flüchtlingseinrichtungen und Crowd Controlling vorgestellt und diskutiert. Mit den Themen Undermining Community, Gewalt gegen Frauen und Teillegalisierung Cannabis erfolgt die fachübergreifende Beleuchtung gesellschaftsrelevanter Themen. Großen Raum nehmen Fachforen ein, die sich mit Fragen von Technikanwendungen befassen, so z.B. Cloudlösungen, mobile Kommunikation, digitales Arbeiten am Einsatzort, Drohnen, Detektion verdeckter Waffen und digitale Transformation. Dem Komplex Personalentwicklung widmet sich der Polizeikongress u.a. mit den Fachforen Diverse und demokratiestarke Polizei, Polizeistudium und Fortbildung, Work-Life-Blending, Training Deeskalation sowie Wertebasierte Führung.

Auch die Berufsvertretungen beteiligen sich neben der Präsenz in der Ausstellungshalle mit aktuellen Problemstellungen an den Fachforen. Daneben laden zahlreiche Fachforen unter der Regie unserer Kongresspartner zur Teilnahme ein.

SIDE EVENTS

Die Side Events ergänzen das Hauptprogramm und die Fachforen, bieten mit einem größeren Zeitanatz Raum für breitere Darstellungen und Diskussionen. Sie thematisieren den Schutz kritischer Infrastrukturen, Messerangriffe, KI in der zukünftigen Polizeiarbeit, mobile Breitbandkommunikation, Einsatzfahrzeug der Zukunft sowie die Zukunft der Vernehmung.

AUSSEN- UND INNENAUSSTELLUNG

Vor und in der Kongresshalle präsentieren über 160 private und öffentliche Unternehmen und Organisationen, darunter auch die Polizei selbst, Produkte und Anwendungen und stehen für weitergehende Informationen zur Verfügung.

NETWORKING

Neben aller Information und Diskussion steht der Europäische Polizeikongress als europaweit führende Veranstaltung für den Bereich der Inneren Sicherheit gerade auch dafür, bestehende Kontakte zu pflegen und neue Kontakte zu erschließen. Dazu gibt es in den zahlreichen Pausen und der Abendveranstaltung ausreichend Gelegenheit.

DANK

Als Kongressmoderator freue ich mich persönlich sehr, Frau Dr. Eva-Charlotte Proll als neue Herausgeberin und Chefredakteurin des Behörden Spiegel unterstützen zu dürfen. Gleichzeitig danke ich dem bisherigen Herausgeber und Chefredakteur Uwe Proll für das professionelle und vertrauensvolle Zusammenwirken in sieben erfolgreichen Kongressen seit dem 21. Kongress im Jahre 2018.

DIETER WEHE, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a. D.

Cyber Defense Starts Here

- Detect Vulnerabilities
- Minimize Risks

Visit Us at Booth 97 &
Book an Appointment!





3

EDITORIAL

Dr. Eva-Charlotte Proll
Herausgeberin und Chefredakteurin
Behörden Spiegel-Gruppe

4

**28. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS –
INFORMIEREN – DISKUTIEREN – NETZWERKEN**

Dieter Wehe
Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a. D.

8

**ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT:
HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN**

Iris Spranger
Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport des
Landes Berlin

10

**DIE BEDEUTUNG EUROPÄISCHER UND
INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT**

Thomas Strobl
Minister des Inneren, für Digitalisierung und
Kommunen des Landes Baden-Württemberg

12

ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT

Prof. Dr. Roman Poseck
Minister des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz
des Landes Hessen

14

**DIE ZUKUNFT DER POLIZEI – ZWISCHEN
REALITÄT UND GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN**

Christian Pegel
Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern

16

**EUROPE'S BORDERS AT A CROSSROADS:
FRONTEX'S FUTURE ROLE IN EU SECURITY**

Hans Leijtens
Executive Director of Frontex, the European Border and
Coast Guard Agency

20

**GEWERKSCHAFTEN SIND STARKE
STIMMEN FÜR EUROPAS POLIZEIEN**

Jochen Kopelke
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)



EUROPEAN POLICE CONGRESS

Zum
Kongress-
Programm



www.europaeischer-polizeikongress.de/programm



22 VON GESAMTVERTEIDIGUNG ZU GANZHEITLICHER KRISENRESILIENZ

Generalleutnant a.D. Martin Schelleis
Ehrenamtlicher Bundesbeauftragter Krisenresilienz, Sicherheitspolitik und Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Malteser

24 EINE ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT IST NICHT ERKENNBAR

Rainer Wendt
Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)

26 DIE BAYERISCHE GRENZPOLIZEI – EIN BAYERISCHER SONDERWEG

Annette Lauer
Direktorin der Bayerischen Grenzpolizei

28 ENTSCLOSSEN HANDELN – DIE ZEITENWENDE IN DER INNEREN SICHERHEIT UMSETZEN! FORDERUNGEN DES BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER E.V. (BDK)

Dirk Peglow
Bundesvorsitzender Bund Deutscher Kriminalbeamter

30 UNDERMINING COMMUNITY

Uwe Mainz
Ehemaliger Leiter der Oberhausener Direktion Kriminalitätsbekämpfung

32 HERAUSFORDERUNGEN UND ENTWICKLUNGEN DER POLIZEILICHEN AUFGABENWAHRNEHMUNG

Rüdiger Wollgramm
Leitender Polizeidirektor a.D.

IMPRESSUM

PROGRESS VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

BÜRO BONN
Friedrich-Ebert-Allee 57 · 53113 Bonn
Telefon +49 228 97 0 970
redaktion@behoerderspiegel.de

BÜRO BERLIN
Kaskelstraße 41 · 10317 Berlin
Telefon +49 30 55 74 12 0

HERAUSGEBERIN UND CHEFREDAKTEURIN Dr. Eva-Charlotte Proll (v.i.S.d.P)

REDAKTION Thomas Hönig

ANZEIGENLEITUNG Sinan Yildirak

LAYOUT ProGov GmbH

TITELBILD BS/FB unter Verwendung von andrey_j, adobe.stock.com und Dziurek, adobe.stock.com

DRUCK WIRmachenDRUCK GmbH

BILDQUELLEN sofern nicht anders angegeben: Behörden Spiegel/Bildschön

Dieses Magazin wird von der ProPress Verlagsgesellschaft herausgegeben, welche den Europäischen Polizeikongress organisiert.

www.behoerden-spiegel.de

Für weitere Informationen über das Magazin und den Kongress besuchen Sie bitte www.europaeischer-polizeikongress.de

© 2025 ProPress ProPress Verlagsgesellschaft mbH

ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Innere Sicherheit hieß schon immer „Leben in der Lage“. Veränderungen sind vermutlich die wichtigste Konstante unserer täglichen Arbeit. Heute mehr denn je. Rasante technologische Fortschritte, eine zunehmende Diversität der Gesellschaft, kriegerische Konflikte und globale Krisen wirken unmittelbar auf alle Bereiche der Inneren Sicherheit. Sie führen zu gesellschaftlichen Verunsicherungen und Spannungen. Berlin ist eine Millionenmetropole im Herzen Europas. Hier erfahren wir das jeden Tag. Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern Arbeit und Gesellschaft tiefgreifend. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat bemisst sich nicht zuletzt daran, ob er handlungsfähig, dabei zunehmend auch in den neuen digitalen Lebenswelten präsent ist und in die gesellschaftlichen Transformationsprozesse gestaltend eingreifen kann.

INTERNATIONALE KONFLIKTE UND INNERGESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Der von Bundeskanzler Scholz als Zeitenwende bezeichnete Angriff Russlands auf die Ukraine hat Bedeutung für die Politik in ganz Deutschland. Wir in Berlin passen bestehende Strukturen des Katastrophenschutzes und der Zivilen Verteidigung an die veränderte Sicherheitslage an. Die Polizei wird in Letztgenannter voraussichtlich eine noch stärkere Rolle einnehmen. Durch Fluchtbewegungen, Digitalisierung und die weltweite unmittelbare Verfügbarkeit von Informationen geht die Wirkung von internationalen Krisen und Konflikten jedoch weit über konventionelle Fragen der Verteidigung hinaus.

Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands und Heimat für Menschen aus über 170 Nationen. Alle weltweiten Konflikte und sämtliche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Fragen zu sozialer Gerechtigkeit und Migration bis hin zu klimapolitischen Maßnahmen finden hier ihren Niederschlag. Jährlich gibt es hier über 7.000 politische Versammlungen. Das entspricht fast 20 Versammlungslagen täglich, die durch die Polizei bewertet und erforderlichenfalls begleitet sowie geschützt werden. Die Mobilisierungen erfolgen durch soziale Netzwerke immer schneller, kurzfristiger und mit enormer Reichweite. Die Einschätzung, wann, mit wie vielen und mit welchen Demonstrationsteilnehmenden zu rechnen ist, ob Gefahren von oder für die Teilnehmenden ausgehen, wird zu einer Herausforderung, die eine zunehmende Einbindung von „Open Source Intelligence“ erfordert.

Gleichzeitig ist im Zuge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden, globalen Konflikten das Thema der „hybriden Bedrohungen“ weiter in den Fokus gerückt.



Foto: Die Hoffotografen GmbH

Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern Arbeit und Gesellschaft tiefgreifend.

**IRIS SPRANGER, SENATORIN FÜR INNERES,
DIGITALISIERUNG UND SPORT DES LANDES
BERLIN**

Desinformationskampagnen manipulieren die öffentliche Meinung, um politischen Einfluss zu nehmen und die westlichen Demokratien zu destabilisieren. Die Algorithmen der sozialen Netzwerke, die den Nutzenden jeweils die Informationen liefern, die zu ihrem bisherigen Such- und Nutzungsverhalten passen, können Zweifel, Misstrauen oder gar Verschwörungsglauben verfestigen. Sie bergen zudem die Gefahr einer für Sicherheitsbehörden schwer vorherzusehenden Radikalisierung von Einzelpersonen. Um Desinformationskampagnen und Verschwörungserzählungen wirksam entgegenzutreten zu können, bedarf es auch neuer Formen politischer Bildung und umfassender Medienkompetenz. In Berlin entwickelt die mit

ihrer Geschäftsstelle bei der Sensationsverwaltung angebundene Landeskommission Berlin gegen Gewalt gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern und Institutionen wie der Landeszentrale für politische Bildung entsprechende Präventionsmaßnahmen.

DIGITALISIERUNG UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Der technologische Fortschritt ist jedoch nicht nur Herausforderung und die Digitalisierung der Gesellschaft bringt nicht nur Gefahren mit sich. Er bietet auch neue Lösungen und Chancen. Im Katastrophenfall organisieren sich spontan freiwillig Helfende über soziale Netzwerke, die für die Katastrophenschutzbehörden ein großes Ressourcenpotenzial darstellen. Im digitalen Raum können Menschen zudem leichter erreicht werden, die mit bisherigen Ansätzen nicht zugänglich waren. Zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen pilotiert das Land Berlin beispielsweise seit Januar 2023 eine vom Verein Gewaltfrei in die Zukunft e.V. entwickelte innovative und geschützte App für von geschlechtsspezifischer Gewalt in Partnerschaften betroffene Frauen und queere Personen. Diese App schafft die Grundlage, allen Betroffenen, Gefährdeten und Verletzten rund um die Uhr und geschützt Informationen zu Hilfsangeboten in Wohnortnähe sowie Antworten auf rechtliche, behördliche und psychosoziale Fragen anzubieten.

In Zeiten, in denen künstliche Intelligenz von vielen Menschen völlig selbstverständlich zur Erstellung von Bild- und Textmaterial genutzt wird, muss auch die Polizei auf diese Technologien zurückgreifen können, um nicht den Anschluss an die gesellschaftliche Entwicklung zu verlieren. Durch die KI-basierte Auswertung von Massendaten kann die Datenflut, die durch Entschlüsselung kryptierter Messengerdienste und beschlagnahmter Datenträger tagtäglich bei den Strafverfolgungsbehörden eingeht, künftig besser bewältigt werden. Was Menschen viele Tage Arbeit kostet, kann Software in wenigen Minuten oder gar Sekunden erledigen.

Vortragsprogramm

Europäischer Polizeikongress 2025

Beispielhaft sei auch die durch KI-Software vorgenommene Auswertung von Daten im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder genannt. Hier trägt die Technologie nicht nur zur Reduzierung des Arbeitsaufwands bei. Sie dient auch der Entlastung der Ermittlungskräfte in seelischer Hinsicht.

Um in den neu entstandenen Feldern der Cyberkriminalität effektiv zu ermitteln, wird über die übliche polizeiliche Qualifikation hinaus auch informationstechnologische Expertise benötigt. Darum wurde durch eine Änderung des Laufbahnrechts Fachkräften mit abgeschlossenem Informatikstudium in Berlin der direkte Quereinstieg in die Polizei ermöglicht. Die Wirkung neuer Technologien lässt sich jedoch nicht nur auf einen spezialisierten Bereich beschränken. Die Umstände, wie Taten begangen werden, wandeln sich ebenfalls. Die Frage, wie KI-generierte Täuschungen rechtssicher zu identifizieren sind, wird nicht nur im Hinblick auf politische Agitation, sondern auch auf Straftaten und vermeintliche Beweismittel in der Zukunft für die Strafverfolgung von zentraler Bedeutung sein. Der technologische Fortschritt erfordert darum in allen Bereichen Personal mit einem ausgeprägten Grundverständnis für die heutigen, idealerweise aber auch zukünftigen technischen Möglichkeiten.

Innovationsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft an den Wandel der Lebenswelten sind zu einer Schlüsselkompetenz von Beschäftigten und Behördenstrukturen geworden. Dabei stehen Behörden und Verwaltungen mit der Privatwirtschaft, aber auch untereinander im ständigen Wettstreit um hochqualifiziertes Personal. Da immer mehr Berufseinsteigerinnen und -einsteiger eine Arbeit suchen, die sinnstiftend ist, bietet sich für die Polizei und alle Sicherheitsbehörden eine große Chance. Denn in deren Bereichen können sich die Menschen aktiv in den Dienst der Gesellschaft stellen.

IRIS SPRANGER, Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport des Landes Berlin

Dienstag | 20.05. | 15:55 Uhr

Fachforum 2.1 „Cloud – aktuelle Projekte und Lösungen“

Die SINA Cloud im VS-Ökosystem

Fachforum 2.2 „Sichere mobile Kommunikation“

VS-NfD auf dem Smartphone? So wird sichere Kommunikation wirklich einfach

Fachforum 2.7 „KI im Einsatz“

Generative KI in der Biometrie – Transparenz, Sicherheit und Fairness

Mittwoch | 21.05.

09:00 – 16:00 Uhr

Wissenschaftliches Side-Event – Künstliche Intelligenz in der zukünftigen Polizeiarbeit,

Deepfake Detektion – Anwendungen und Herausforderungen

12:00 – 12:15 Uhr

Hauptprogramm

Messaging: Der Schlüssel zur behördenübergreifenden Vernetzung

**Besuchen
Sie uns an
Stand 115**

DIE BEDEUTUNG EUROPÄISCHER UND INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT

Kriminalität macht nicht an Landesgrenzen halt. Wir leben in einer Welt multipler Krisen mit komplexen Bedrohungslagen. Geopolitische Spannungen sowie hybride Bedrohungen in Form von Spionage, Sabotage, Desinformation und Cyberangriffen – das sind gigantische Herausforderungen unserer Zeit. Hinzu kommt die anhaltend hohe Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Die Anforderungen an unsere Gesellschaft und an die Polizei steigen in unserer globalisierten, digitalen und hochvernetzten Welt rasant an. Deshalb müssen wir unsere Sicherheitsarchitektur stärken – und das tun wir in Baden-Württemberg seit Jahren mit viel Geld und Personal. Mehr denn je gilt: Wir müssen zusammenarbeiten, national und international, Hand in Hand.

VERNETZTE GRENZÜBERGREIFENDE KOOPERATION

Um schnell auf Bedrohungen und internationale Kriminalitätsphänomene reagieren zu können, hat die Polizei Baden-Württemberg eine Strategie zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit entwickelt. Und so bekämpfen wir internationale Kriminalität vernetzt und über die Grenzen hinweg effektiv und effizient. Einen großen Erfolg konnten wir hier letztes Jahr verbuchen: Die Ermittlungsgruppe „Pandora“ des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg hat im April 2024 ein professionelles Netzwerk von Telefonbetrüggern ausgeschaltet. Schlüssel zum Erfolg waren dabei die gemeinsamen Einsätze mit unseren internationalen Partnern. Zusammen mit Europol und weiteren Strafverfolgungsbehörden unterschiedlicher Nationen hat das Landeskriminalamt Baden-Württemberg bei sogenannten „Action Days“ zwölf illegale Callcenter zerschlagen. Aber auch das internationale Projekt „CESA“, das vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg geleitet wird, zeigt eindrücklich die Schlagkraft gemeinsamer, grenzüberschreitender Aktionen. Mit über 1,2 Millionen Euro aus dem europäischen Fonds für Innere Sicherheit ausgestattet, 24 polizeilichen Schwerpunktdienststellen aus 13 Bundesländern, dem Landeskriminalamt, Sicherheitsbehörden aus Polen und der Unterstützung von Europol geht „CESA“ mit vereinten Kräften gegen Anrufstraftaten vor allem aus osteuropäischen Callcentern vor. Das zeigt: Die internationale und insbesondere die europäische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sind die Zukunft.

Grundlage für eine solch erfolgreiche internationale Zusammenarbeit ist freilich der Informationsaustausch mit ausländischen Polizeibehörden. Gemeinsame Datenbanken sind hier nicht mehr wegzudenken. Ganz wichtig ist hier auch, dass die unzähligen



Foto: Leif Piechowski

Die internationale und insbesondere die europäische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sind die Zukunft.

THOMAS STROBL, MINISTER DES INNEREN, FÜR DIGITALISIERUNG UND KOMMUNEN DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Daten, die überall zusammenlaufen, intelligent zusammengebracht werden. Genau daran arbeiten wir in Baden-Württemberg – und das müssen wir perspektivisch auch auf internationaler Ebene tun. Mit einer verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform – kurz VeRA – wollen wir die schnelle und effiziente Aufbereitung großer Datenbestände ermöglichen. Aktuell muss die Polizei die verschiedenen Datentöpfe einzeln bewerten und sich auf die Suche nach der berühmten Nadel im Heuhaufen machen. Dank dieser Plattform können Daten auf Knopfdruck zusammengeführt werden. Die Polizei wird so wesentlich schneller und effektiver Täterinnen und Täter verfolgen, ihnen sogar einen Schritt voraus sein können. Damit unterstützt uns die Plattform, wenn beispielsweise Hinweise auf einen Terroranschlag

vorliegen oder beim Erkennen von terroristischen Netzwerken.

Die Zeiten sind angespannt und unsere Demokratie ist von innen wie von außen unter Druck. Das werden wir auch in den kommenden Jahren nur effektiv bekämpfen können, wenn wir stärker international zusammenarbeiten. Als Grenzregion, mit einer knapp 200 Kilometer langen Grenze zu Frankreich, haben wir in Baden-Württemberg etwa auch einen ganz engen Austausch und eine ganz enge Zusammenarbeit mit der französischen Polizei. Mit unserem Gemeinsamen Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl, kurz GZ Kehl, haben wir bereits 1999 Neuland betreten und Pionierarbeit geleistet. Im September 2024 haben wir sein 25-jähriges Bestehen gefeiert. Das GZ Kehl war übrigens europaweit das erste seiner Art – und damit Vorbild für inzwischen mehr als 60 andere Zentren und ähnliche Einrichtungen in ganz Europa. Heute ist es die zentrale Drehscheibe für Daten- und Informationsaustausch zwischen den deutschen und französischen Sicherheitsbehörden in der Grenzregion und Blaupause für eine gelungene grenzüberschreitende Arbeit im Sicherheitsbereich.

AUSBLICK

Diesen Weg gehen wir in Baden-Württemberg weiter und setzen auch künftig auf eine enge und vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit. Das ist das Gebot der heutigen Zeit, unsere Antwort auf hybride Bedrohungen wie Spionage, Sabotage, Desinformation und Cyberangriffe. So bleibt unsere Demokratie wehrhaft – auch in globalpolitisch unübersichtlichen Zeiten.

THOMAS STROBL, Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen des Landes Baden-Württemberg

DIGITALE VORAUSSETZUNGEN FÜR MODERNE POLIZEIARBEIT



Foto: Monkey Business, stock.adobe.com

Wie erfährt man in Hessen, dass auch in Berlin Akteneinträge zu tatverdächtigen Personen vorliegen? Und wie lassen sich aus tausenden Chatnachrichten gezielt relevante Tatinformationen extrahieren? Polizeiarbeit muss länderübergreifend funktionieren – und sich genauso schnell weiterentwickeln, wie es die Kriminalitätsphänomene tun. Mit Polizei 20/20 wird eine gute Grundlage geschaffen, doch die Transformation ist nicht abgeschlossen.

Als 2016 die Innenminister Deutschlands das Programm Polizei 20/20 initiierten, legten sie den Grundstein, um die heterogene polizeiliche IT-Infrastruktur zu harmonisieren und zu modernisieren. Doch ein solches Programm nimmt viele Jahre in Anspruch. In der Zwischenzeit wächst der Bedarf an schnellen Lösungen für aktuelle Ermittlungen.

INNOVATION HUBS UND LÄNDERÜBERGREIFENDE KOMPATIBILITÄT

Um Digitalisierungsprojekte zügig umzusetzen, haben einige Bundesländer Innovation Hubs gegründet. Da sie auf die Bedürfnisse der Länder ausgerichtet sind, scheinen sie aber ungeeignet, das generelle Problem der Kompatibilität zu überwinden. In Zeiten hochvernetzter krimineller Vereinigungen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit jedoch essenziell, und die Grundvoraussetzung hierfür ist Datenaustausch. Bis zum Erreichen der Ziele von Polizei 20/20 gilt es daher, geeignete Brückentechnologien einzusetzen.

EFFEKTIVE ENTLASTUNG DURCH INNOVATIVE TECHNOLOGIEN – BEISPIELE AUS DER PRAXIS

Nach wie vor müssen Informationen oft durch Abtippen in die bundesweit zugänglichen Datenbanken übertragen und wieder daraus extrahiert werden. Dieser Vorgang lässt sich leicht durch Robotics Process Automation (RPA) überwinden. Künstliche Intelligenz entlastet bei der Schreibarbeit, indem sie die im System erfassten Informationen vorstrukturiert und einen Berichtsvorschlag erstellt, der dann nur noch korrigiert werden muss. Außerdem kann KI – innerhalb der engen Regularien der Polizeigesetze und des EU AI Acts – dabei unterstützen, Auffälligkeiten, Muster und Häufungen in den Daten zu erkennen, um daraus Ermittlungsansätze abzuleiten. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, Polizistinnen und Polizisten zu entlasten, sodass sie sich stärker auf die eigentliche Polizeiarbeit konzentrieren können.

MEHR IT-KOMPETENZEN IN DIE FACHABTEILUNGEN VERLAGERN – EIN WEG MIT ZUKUNFT

Bisher setzt die Polizei auf eine Kombination aus Standardsoftwares, ergänzt um Eigenentwicklungen und Spezialsoftware für bestimmte Phänomenbereiche. Diese Komponenten werden weiterhin eine große Rolle in der polizeilichen IT spielen. Gleichzeitig nehmen auch in der klassischen Polizeiarbeit die Tätigkeiten im IT-Bereich zu. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Umgang mit den entsprechenden Technologien aufwändig erlernt werden muss: KI-unterstützte Interfaces erleichtern die Nutzung, da über einen Chat direkt mit der Software kommuniziert oder sogar mit ihr gesprochen werden kann.

Niemand weiß besser, wie die konkreten Prozesse in der polizeilichen Arbeit aussehen als die Fachbereiche. Es ist daher sinnvoll, sie noch besser zu befähigen, die notwendigen Datenerhebungs- und Verarbeitungsprozesse selbst zu automatisieren. In diesem Szenario übernimmt die IT-Abteilung eine neue Aufgabe: Sie stellt eine sichere Betriebsumgebung bereit, auf der die Fachabteilungen selbstständig ihre KI-Agenten betreiben. Auch bei der Entwicklung maßgeschneiderter Agenten kann sie gezielt unterstützen und dafür sorgen, dass alle Compliance-Anforderungen erfüllt werden.

STEP BY STEP – DIE TRANSFORMATION ERFOLGREICH GESTALTEN

Auch wenn ihre Herausforderungen sich ähneln, ist jede Behörde anders strukturiert. Wie lässt sich im Einzelfall also sicherstellen, dass die Ermittlungsteams in Polizeibehörden noch effektiver auf aktuelle Probleme reagieren können? Die Antwort liegt in einem geordneten Transformationsprozess, der in drei Phasen unterteilt werden kann: die Analyse des Status-quo, der Entwurf eines Zielbilds, das die Anbindung an die polizeilichen Informationssysteme wie INPOL und PIAV ebenso wie die Cloud bereits mitberücksichtigt, und die Entwicklung und Umsetzung der Roadmap. Entscheidend ist zudem, die Kolleginnen und Kollegen dabei mitzunehmen – durch begleitendes Change Management und entsprechende Trainings.

Sie möchten mehr über neue Digitalisierungsansätze bei der Polizei erfahren? Dann wenden Sie sich an die Expertinnen und Experten von CGI, die viel Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Polizei- und Sicherheitsbehörden besitzen.

DR. BENJAMIN KARER, Executive Consultant bei CGI



Dr. Benjamin Karer, Executive Consultant bei CGI, ist Experte für KI und komplexe Datenanalyseanwendungen in Sicherheitsbehörden. Vor seiner Tätigkeit bei CGI hat er in Polizeibehörden digitale Innovationsthemen vorangetrieben, unter anderem beim Bundeskriminalamt. Mail: benjamin.karer@cgi.com



ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die jüngsten Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik stehen beispielhaft für die Zuspitzung eines Wandels der internationalen Ordnung. Wir brauchen jedoch nicht nur die viel beschworene Zeitenwende in unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Inneren Sicherheit. Angesichts zunehmender Unwetterereignisse, Naturkatastrophen, Bedrohungen durch Cyberangriffe und kriegerische Auseinandersetzungen in Europa ist es wichtig, unsere Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren und resilienter zu machen. Die veränderte Bedrohungs- und Sicherheitslage macht es notwendig, dass sich Bund und Länder noch besser aufstellen, um im Katastrophenschutz- und Zivilschutzfall handlungsfähig zu sein.

Zu einer Stärkung unserer Resilienz gehört auch ein verstärkter Kampf gegen Desinformation. Wir brauchen dringend eine Prüfung der datenschutzrechtlichen Vorgaben sowie der Transparenz- und Aufsichtsregeln für Social Media-Anwendungen aus nicht-westlichen Drittstaaten und müssen deren Einhaltung veranlassen. In den sozialen Medien können sich Desinformationen besonders schnell verbreiten und viele Menschen erreichen. Ausländische Akteure wie Russland und China nutzen diese Möglichkeit, um gesellschaftliche Entscheidungsprozesse und Wahlen zu beeinflussen, die Bevölkerung zu verunsichern und die Gesellschaft zu spalten. Das geht so weit, dass Menschen Unwahrheiten nicht mehr von Wahrheiten unterscheiden können. Diese Entwicklung ist hochgefährlich und eine Gefahr für unsere Demokratie. Radikale Kräfte profitieren davon und tragen zum Vertrauensverlust in Demokratie und Rechtsstaat bei. Deshalb müssen wir dringend handeln. Dazu



Foto: Paul Schneider, Hessische Staatskanzlei



Zu einer Stärkung unserer Resilienz gehört auch ein verstärkter Kampf gegen Desinformation.

PROF. DR. ROMAN POSECK, MINISTER DES INNERN, FÜR SICHERHEIT UND HEIMATSCHUTZ DES LANDES HESSEN

gehört es, die Betreiber stärker in die Pflicht zu nehmen und Plattformbetreiber stärker zu regulieren.

VERÄNDERUNG DURCH DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung bringt ganz allgemein Veränderungen in einer Geschwindigkeit und Tiefe mit sich, welche die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt – dies gilt auch für die Polizei. Die Polizei ist derzeit durch die angespannte Sicherheitslage besonders gefordert. Aufgrund neuer Kriminalitätsphänomene, disruptiver Innovationen und komplexer werdende Abhängigkeiten muss vor allem die Polizei auf der Höhe der Zeit bleiben, um ihrem Schutzauftrag gerecht werden zu können. Die hessische Polizei hat die Notwendigkeit und die Bedeutung einer umfassenden

Transformation frühzeitig erkannt. Ausgangspunkt waren die Erfahrungen, die im Rahmen der Einführung der Analyseplattform hessenDATA gesammelt werden konnten. Seit 2017 nutzt die hessische Polizei diese Analyseplattform zur Bekämpfung der Schwere- und Organisierten Kriminalität sowie im Bereich der Staatsschutzkriminalität. Der Einsatz der Plattform hat sich bewährt, da die hessische Polizei so schnell Tat- und Täterzusammenhänge erkennen und auf dieser Basis Gefahren rechtzeitig abwehren sowie Ermittlungen zu einschlägigen Straftaten zielgerichtet führen kann.

Neben dem fachlichen Mehrwert wurden auch die Erfahrungen des Einführungsprojektes verarbeitet und mündeten in der Gründung des INNOVATION HUB 110 in Frankfurt am Main. Mit dem Ansatz wurde bereits im Jahr 2020 eine eigene Digitalisierungsschmiede der hessischen Polizei geschaffen – ein Konzept, das in dieser Form weiterhin deutschlandweit einzigartig ist. Hier entwickelt ein Team aus Polizeibeamtinnen und -beamten gemeinsam

mit IT-Spezialisten und Projektmanagern Lösungen für den polizeilichen Dienstalltag. Dabei setzt der INNOVATION HUB 110 auf verschiedene Schlüsselemente: die Einbeziehung der Fachlichkeit, einen agilen Projektansatz für eine hohe Anpassungsfähigkeit, die nahtlose Integration der Lösungen in die Organisation und eine flächendeckende Beteiligung. Mit der im Jahr 2024 abgeschlossenen Fortentwicklung des INNOVATION HUB 110 wurde die Fokussierung auf priorisierte Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung konsequent fortgeführt und mündete in der Gründung des OPERATIONS HUB als dem neuen Ermittlungszentrum.

Durch die umgesetzte Vollausrüstung mit persönlich zugewiesenen Smartphones und der Aufbau einer App-Plattform wurde die mobile Arbeitsweise in der hessischen Polizei umfassend gestärkt. Mobile Abfragen in polizeilichen Auskunftssystemen, ortsungebundene Strafanzeigen oder digitale Unfallaufnahmen sind mittlerweile polizeilicher Alltag. Aber auch die Nutzung moderner Cloud Infrastruktur wurde im Rahmen der Cloud Journey mit der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung vorangetrieben. Ein erster Grundstein einer umfassenden Multicloud-Strategie wurde durch die Realisierung der Polizei Cloud Hessen gelegt. Als flexible und skalierbare Cloud Plattform wird diese genutzt, um beispielsweise forensische Daten zentral bereitzustellen und auswertbar zu machen. Das in der hessischen Polizei erarbeitete Konzept der sogenannten Forensikstraßen geht Hand in Hand mit dem Konzept des zentralen Forensiknetzes.

ETABLIERUNG EINER DIGITALFABRIK

Durch die Erweiterung der Flächen im Zuge der Fortentwicklung des INNOVATION HUB 110 hat sich die einmalige Chance zur Eta-

blierung einer sogenannten DIGITALFABRIK ergeben. Ziel der DIGITALFABRIK ist die Steigerung von Effizienz und Effektivität polizeilicher Prozesse, beispielsweise im Bereich der forensischen Auswertung, um mit Hilfe von Standardisierung und Automatisierung eine fließbandähnliche Abarbeitung bzw. Prozessbeschleunigung zu ermöglichen. Um Datenträger in einem weitgehend automatisierten Prozess zentral auszuwerten und so eine schnellere und bessere Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen, wurde mit dem Aufbau der DIGITALFABRIK begonnen. Der in den Präsidien vorhandene Rückstand bei der Auswertung forensischer Asservate konnte so in kürzester Zeit signifikant abgebaut werden.

Deutschland und Europa stehen in einer sich immer schneller wandelnden Welt vor zahlreichen Herausforderungen. Wenn wir offen für Veränderungen sind und mit dem entsprechenden Willen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, sind wir meines Erachtens mehr als stark genug, um diese Herausforderungen zu meistern.

PROF. DR. ROMAN POSECK, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz des Landes Hessen

controlware

Besuchen Sie uns: **Stand 84**
Europäischer Polizei Kongress
20.-21. Mai 2025 | City Cube Berlin

Umsetzung von IT-Sicherheits- Anforderungen nach BSI

ENABLER



- Formulierung der Visionen
- Definition der technischen Anforderungen

BUILDER



- Auswahl der richtigen Hersteller
- Berücksichtigung aller rechtlichen Anforderungen
- Optimierung für Effizienz & Skalierbarkeit

SERVICES



- Inbetriebnahme
- Support
- Managed Services für reibungslosen Betrieb

... die ganze IT aus einer Hand

www.controlware.de

DIE ZUKUNFT DER POLIZEI – ZWISCHEN REALITÄT UND GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Polizei steht vor enormen Herausforderungen, aber auch vor großen Chancen. In öffentlichen Debatten dominiert jedoch häufig der Pessimismus – ein Nährboden für Hilflosigkeit und Resignation. Doch wir dürfen uns nicht in einem Katastrophendenken verlieren, das unsere Wahrnehmung prägt, aber oft nicht der Realität entspricht. Die Kriminalitätsentwicklung der letzten 30 Jahre zeigt ein differenziertes Bild, in vielen Bereichen sind die Zahlen drastisch gesunken, während neue Phänomenbereiche wie die Cyberkriminalität gewachsen sind.

Die Koordinaten der polizeilichen Arbeit haben sich verändert und erweitert. Lange Zeit war die Hauptkoordinate „Streife fahren“ und im analogen Raum verankert. Jetzt kommen zahlreiche neue digitale Fixpunkte hinzu: Virtuelle und kaum bestimmbare Tatorte, verschleierte Täteridentitäten und die Bewältigung einer großen Menge unstrukturierter, digitaler Daten stellen besondere Herausforderungen für die Kriminalitätsbekämpfung dar. Der Kurs der Polizei muss stetig an die aktuelle Sicherheitslage und dem digitalen Wandel angepasst werden.

Die Zukunft kommt – ob wir darauf vorbereitet sind oder nicht. Entscheidend ist, nicht in der Gegenwart zu verharren, sondern kontinuierlich auf das Zukunftskonto der Polizei einzuzahlen. Dazu gehört, den Möglichkeitsraum klar zu definieren, das Beste anzustreben, sich auf das Schlimmste vorzubereiten und mit unvorhergesehenen Entwicklungen souverän umzugehen. Eine moderne Polizei muss aber nicht nur technologisch auf der Höhe der Zeit sein, sondern auch eine demokratiestarke Organisation verkörpern – sowohl in ihrer inneren Führung als auch in ihrem Wirken nach außen.

STRATEGIEENTWICKLUNG – ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN VON MORGEN

Die Herausforderungen der Zukunft sind vielfältig – aber sie sind gestaltbar. Wer eine starke und resiliente Polizei anstrebt, muss bereit sein, heute die Weichen für morgen zu stellen. Entscheidend sind dabei nicht nur die Modernisierung der Strukturen und die Stärkung der Führungskultur, sondern auch die konsequente Verankerung demokratischer Werte.

Eine resiliente Polizei zeichnet sich nicht allein dadurch aus, dass sie kurzfristig auf Krisensituationen reagieren kann, sondern vor allem durch ihre langfristige Anpassungsfähigkeit an sich stetig



Foto: IM MV/Danny Gohlke

Wer eine werteorientierte Polizei anstrebt, braucht eine Kultur des Dialogs, der Transparenz und der kontinuierlichen Weiterentwicklung.

CHRISTIAN PEGEL, MINISTER FÜR INNERES, BAU UND DIGITALISIERUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN

wandelnde gesellschaftliche, technologische und politische Rahmenbedingungen. Dies erfordert ein ganzheitliches Sicherheitsverständnis, das operative Tätigkeiten und strategische Voraussicht in Einklang bringt. Zugleich spielt die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und anderen Sicherheitsbehörden eine zentrale Rolle, um gemeinsam resilient auf künftige Herausforderungen zu reagieren. Nur durch eine proaktive und integrative Strategie – basierend auf fundierten Erkenntnissen und innovativen Ansätzen – kann die Polizei in einem dynamischen und unsicheren Umfeld ihre Rolle als Garant für Sicherheit und demokratische Ordnung nachhaltig erfüllen.

DER MENSCH IM MITTELPUNKT – WERTEORIENTIERTE ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Eine Polizei, die sich als Garant für die freiheitliche und demokratische Grundordnung versteht, muss ihre Werte nicht nur nach außen vertreten, sondern auch innerhalb der eigenen Strukturen leben. Dies bedeutet, eine Organisationskultur zu etablieren, die Vertrauen schafft, Mitarbeitende fördert und ihnen Handlungssicherheit gibt. Wer eine werteorientierte Polizei anstrebt, braucht eine Kultur des Dialogs, der Transparenz und der kontinuierlichen Weiterentwicklung. Genau hier setzen die neuen Führungsgrundsätze der PDV 100, Nr. 1.5 an, die seit dem 01.11.2024 das Kooperative Führungssystem (KFS) als verbindliche Konzeption abgelöst haben. Diese Grundsätze sind nicht nur zukunftsorientiert, sondern auch tief in den Werten der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung verankert. Sie schaffen die Grundlage für eine Organisation, die sich nicht nur an aktuellen Herausforderungen orientiert, sondern proaktiv gestaltet, flexibel bleibt und ihre Rolle in der Gesellschaft reflektiert.

Während der technologische Fortschritt neue Möglichkeiten schafft – von Künstlicher Intelligenz in der Ermittlungsarbeit bis hin zu modernen digitalen Einsatzmitteln –, bleibt eines unverändert: Der Mensch steht im Zentrum der Polizei. Weder Algorithmen noch Maschinen können die Verantwortung, das Urteilsvermögen und die soziale Kompetenz ersetzen, die für eine bürgernahe und rechtsstaatliche Polizei essenziell sind. Eine zukunftsfähige Polizei setzt daher auf eine Balance zwischen technologischer Modernisierung und menschlicher Integrität. Dies bedeutet, in digitale Kompetenzen zu investieren, aber ebenso in die Stärkung sozialer Fähigkeiten, ethischer Reflexion und interkultureller Kompetenz.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung ist es entscheidend, dass die Polizei als vertrauenswürdige, wertebasierte Institution wahrgenommen wird – sowohl in der internen Führung als auch im Kontakt mit der Bevölkerung.

AUSBLICK

Die Polizei MV hat diesen Weg eingeschlagen – ausgestattet mit einer prägnanten Strategie und klaren Vision, einer zukunftsorientierten Organisationentwicklung und dem unerschütterlichen Bestreben, Sicherheit und Freiheit nachhaltig miteinander zu vereinen. In einer digitalisierten Welt bleibt sie ein stabiler, verlässlicher Anker – für die Gesellschaft, aber auch für die Menschen, die

täglich für ihre Sicherheit sorgen. Polizei in der Zukunft darf nicht auf Autopilot betrieben werden, sondern es darf mutig, innovativ und vorwärtsgewandt agiert werden. Ein kontinuierlicher Prozess der Anpassung und des Lernens wird es ermöglichen, auch zukünftigen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Mit einem ausgewogenen Zusammenspiel von modernster Technologie und menschlicher Kompetenz fungiert die Polizei MV für eine sichere, demokratische und wertorientierte Gesellschaft.

CHRISTIAN PEGEL, Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Finde Personen in Videos . . . in Sekunden!



FaceVACS-DBScan LE ermöglicht den Import von Video- und Bildmaterial, und eine detaillierte Suche und Auswertung der extrahierten Gesichtsbilder.

Die Software findet und verknüpft alle Bilder der gleichen Person zu einer Identität, wenn deren Gesicht in mehreren Videos und Bilddateien gefunden wird.

Wir zeigen die neueste Version beim Polizeikongress, Stand 158!

Gesichtserkennungstechnologien von Cognitec werden seit 2002 zur Personensuche in Fotodatenbanken, Videoauswertung, Grenzkontrolle und zur Aufnahme von biometrischen Fotos verwendet.

sales-emea@cognitec.com | www.cognitec.com



EUROPE'S BORDERS AT A CROSSROADS: FRONTEX'S FUTURE ROLE IN EU SECURITY

Two years ago, when I took office as Executive Director of Frontex, the agency was at a turning point. Internally, we faced low morale. Externally, trust in the agency was shaken. Since then, we have worked hard to reform Frontex, making it more operational, more transparent, and more accountable.

But today, as we face growing pressures at Europe's borders, it's time to move from reform to action. Europe stands at a crossroads. The world around us is changing fast. And Europe's security depends on how we respond. Frontex must now define its role as a core part of Europe's collective security system, ready to safeguard borders, manage migration, and uphold our values in a time of crisis.

WHY EUROPE NEEDS STRONGER BORDER MANAGEMENT

Europe's borders are under pressure in various ways. Russia's war against Ukraine, now in its third year, continues to drive mass displacement and create instability right on the EU's doorstep. Crises across the Middle East and Africa are pushing thousands to seek safety in Europe — while criminal smuggling networks grow richer and more ruthless, exploiting the most vulnerable.

At the same time, migration is being used as a blunt political tool. We've seen regimes deliberately push people to EU borders in an attempt to destabilise us. These are not just migration flows; they are attacks on Europe's stability and unity.

Europeans expect solutions. They want to know that our borders are secure, that migration is managed in an orderly way, and that people's rights and dignity are respected. That is why Europe needs strong, professional border management based on shared responsibility and shared values.

FRONTEX IN A CHANGING EU POLICY LANDSCAPE

In response to these challenges, Europe is adapting its border and migration policies — and Frontex is at the heart of these changes.

Three major developments are reshaping the way we work:

1. The EU Pact on Migration and Asylum is setting out a new, comprehensive approach to migration management. Frontex will play a key role in border screening, return procedures, and supporting Member States in crises. We are already preparing to ensure these new rules are applied effectively, on the ground.



Foto: FRONTEX

Frontex is becoming a key part of Europe's security and migration reforms.

HANS LEIJTENS, EXECUTIVE DIRECTOR OF FRONTEX, THE EUROPEAN BORDER AND COAST GUARD AGENCY

2. Frontex reinforcement: President Ursula von der Leyen's proposal to triple the number of Frontex officers marks a major investment in Europe's security. With more personnel, better equipment, and stronger mandates, Frontex will be able to respond faster, support Member States more effectively, and manage complex situations.

3. Schengen reform and EU internal security strategy: Europe's freedom of movement depends on strong external borders. Frontex will play a vital role in protecting Schengen, linking border management with broader security efforts, and working with partners like Europol and Eurojust to combat organised crime and trafficking.

In short, Frontex is becoming a key part of Europe's security and migration reforms. But, we must be ready for that role.

FRONTEX'S VISION: A STRATEGIC SECURITY PARTNER FOR EUROPE

To meet these challenges, Frontex must evolve from a support agency into a strategic security actor: a trusted partner that delivers results on the ground.

Our future priorities are clear:

- A professional, deployable Standing Corps: Frontex must have a permanent, highly trained corps that can deploy quickly and effectively, whether to assist in daily border control or to respond to emergencies. Our teams need to be flexible, mobile, and ready to support Member States whenever and wherever needed.
- Stronger action against cross-border crime and smuggling: Migration management cannot succeed without tackling the criminal networks that profit from human suffering. Frontex will work more closely with Europol, national law enforcement, and international partners to identify, disrupt, and dismantle these networks.
- Smarter, technology-driven border management: Europe's borders must be equipped with the best technology, from drones and surveillance systems to artificial intelligence that can predict risks and target resources. Frontex will lead in adopting these innovations, making our borders not only stronger but also more efficient and humane.
- Fundamental rights at the core of our operations: Border management and human dignity must go hand in hand. Every Frontex operation will be grounded in respect for fundamental rights. Our Fundamental Rights Officer and Monitors will continue to play a

central role, ensuring that rights are not just respected but protected.

- Partnerships with neighbours to manage migration and security together: Europe cannot face these challenges alone. Frontex will deepen partnerships with neighbouring countries to manage borders, fight crime, and promote regional stability.

SHARED EUROPEAN RESPONSIBILITY

The future of Europe's borders is not just a task for Frontex. It is a shared responsibility for the entire European Union.

No single Member State can face these pressures alone. Whether it's dealing with massive displacement from war, stopping smuggling networks, or responding to sudden migration flows, we need a European response that is based on solidarity, responsibility, and trust.

Frontex is ready to be the operational backbone of that shared European effort. But to succeed, we also need political support from Member States, clear mandates, and the trust to act when Europe needs us most.

Our vision is simple: Frontex as a trusted, effective partner that combines strong borders with strong values.

REFORM TO ACTION

In the past two years, Frontex has been on a path of deep reform. We have made fundamental rights central to our operations. We have strengthened our internal culture of transparency, accountability, and professionalism. We have stood firm on principles. But reform is not the goal. It's the foundation.

Now it is time to act.

The Europe of today needs a Frontex that is operational, trusted, and ready to meet future challenges.

FRONTEx STANDS READY TO PROTECT EUROPE

As we look to the future, Frontex stands ready. Ready to protect Europe's borders, and ready to protect what those borders represent. Because when we speak of border management, we are speaking of far more than border posts and checkpoints. We are speaking of Europe's ability to remain open and secure, welcoming and safe, free and united.

We are ready to be the agency that delivers, not in words but in action. To protect Europe's borders with professionalism, to treat every person with dignity, to be a trusted partner for Member States, and to uphold the values that define us as Europeans.

Frontex has changed. Now it is time to lead.

In an uncertain world, where threats to Europe's stability grow more complex, we will be there on the front lines, standing with Europe and standing for Europe.

Because protecting Europe's borders means protecting Europe itself, its people, its freedoms, and its values. And that is a responsibility we are ready to carry.

HANS LEIJTENS, Executive Director of Frontex, the European Border and Coast Guard Agency



Das deutsche Netzwerk der Sicherheit
auf den Punkt gebracht:

Der Newsletter Netzwerk Sicherheit

NG POLIZEIABSPERRU

JEDE
WOCHE
AKTUELL

Der Newsletter „Netzwerk Sicherheit“

des Behörden Spiegel berichtet wöchentlich über aktuelle Themen für das deutsche Netzwerk der Sicherheit: Polizei, Ordnungsdienst, Zoll und behördliche Gefahrenabwehr.

Deutschlands führender Newsletter für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben erscheint regulär jede Woche.



Senden Sie eine formlose Anmeldung an
newsletter@behoerdenspiegel.de
oder besuchen Sie unsere Webseite
www.behoerdenspiegel.de

IMPRESSIONEN 2024



GEWERKSCHAFTEN SIND STARKE STIMMEN FÜR EUROPAS POLIZEIEN

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist dem „Behörden Spiegel“ für seine Weitsichtigkeit dankbar, sein spannendes und an Themen reiches Netzwerktreffen für uns Polizistinnen und Polizisten schon vor fast 30 Jahren mit dem Attribut „Europäischer“ Polizeikongress versehen zu haben. Warum? Das ist ganz einfach.

Die Innere Sicherheit ist nicht erst seit heute keine rein nationale Angelegenheit mehr. Und wer dies dennoch propagiert, ist in der Realität unserer Polizeiarbeit nicht angekommen. Wir sehen uns in Europa großen Herausforderungen entgegen, darunter die illegale Migration und Sicherung der EU-Außengrenzen, die Cyberkriminalität, die Organisierte Kriminalität in allen ihren Facetten, die Verkehrssicherheit und -kontrolle, der Schutz der kritischen Infrastrukturen, die Digitalisierung und die Demokratiesicherung.

Es zählen starke europäische Polizeien, harmonisierte Gesetze, grenzenlose Zusammenarbeit, kompetente, länderübergreifende Behörden und eine aktive, durchsetzungsstarke gewerkschaftliche Vertretung.

Ich lade Sie herzlich an unserem GdP-Stand auf dem 28. Europäischen Polizeikongress ein. Lassen Sie uns über diese Themen diskutieren. Wir freuen uns auf Sie und gute Gespräche.

GRENZÜBERGREIFENDE KOOPERATION STEIGERT WIRKSAMKEIT DER POLIZEIARBEIT

Als große und hörbare Arbeitnehmervertretung setzen wir uns auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in unseren europäischen Nachbar- und Partnerländern ein. Unsere Polizeiarbeit eint uns – ganz gleich auf welcher Seite der Grenze wir stehen. Wir streiten für gleiche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Unsere Arbeit für die Sicherheit in unseren eigenen Ländern ist wirksamer, wenn wir als europäische Polizeien, personell und materiell gut ausgestattet, mit gemeinsamen Ermittlungen, in gemeinsamen Behörden sowie auf digitaler Augenhöhe Kriminalität europaweit – und auch darüber hinaus – konsequent bekämpfen können. Dass wir Polizeien zudem die demokratische Gesellschaft Europas sicher schützen, steht außer Frage. Daran darf es nirgendwo einen Zweifel geben.

Europa ist für die GdP eine sehr wichtige gewerkschaftspolitische Bühne. Seit Ende 2022 haben wir unsere internationale Arbeit



Foto: GdP/Kay Herschelmann

Die Innere Sicherheit ist nicht erst seit heute keine rein nationale Angelegenheit mehr.

JOCHEN KOPELKE, BUNDESVORSITZENDER DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI (GdP)

spürbar intensiviert. Mit unseren 14 Vorschlägen für die Prioritätensetzung der Amtszeit der agierenden EU-Kommission schalteten wir nach der Veröffentlichung unseres Impulspapiers zur vergangenen Europawahl noch einen Gang höher. Nicht zu vergessen ist unser seit 2016 aktives Verbindungsbüro in Brüssel. Auch dieses wird weiter ausgebaut.

BEDEUTUNG EUROPÄISCH ABGESTIMMTER ENTSCHEIDUNGEN

Gleichzeitig treiben wir neben der konkreten politischen Arbeit zu polizeigewerkschaftlich relevanten aktuellen europapolitischen Themen auch die internationale Vernetzung der Gewerkschaft der Polizei voran. Wir wissen: In

Europa werden Entscheidungen getroffen, die direkten Einfluss auf unsere Arbeit und unsere Arbeitswelt nehmen. Auch wir wollen Einfluss nehmen. Nur so können effektive Lösungen in die politische Ebene transportiert werden – idealerweise in einem abgestimmten europäischen Verbund mit gemeinsamen Zielen. Allein, das ist klar, würden wir unsere hochgesteckten Ziele nicht erreichen können.

EU.POL-MITGLIEDSCHAFT STÄRKT PARTNERSCHAFT

Mit Blick darauf ist der 19. November 2024 ein besonderes Datum in unserer fast 75-jährigen Geschichte. An diesem Tag stimmten die Delegierten der European Federation of Police Unions (EU.Pol) auf ihrer Herbstversammlung in Barcelona unserem Beitritt zu. Nun besitzen wir starke Partner und EU.Pol hat ebenso einen starken Partner dazugewonnen. Zusammen vertreten die nunmehr 13 Mitgliedsorganisationen über 300.000 Polizeibeschäftigte in Europa.

Die EU.Pol-Mitgliedschaft schafft uns eine hervorragende Ausgangsposition, um die Interessen der deutschen Polizeibeschäftigten auf europäischer Ebene wirksamer zu vertreten und eine zentrale Rolle bei der Mitgestaltung der europäischen Innen- und Sicherheitspolitik einnehmen zu können. EU.Pol ist heute der größte und wichtigste europäische Verband aus Polizeigewerkschaften.

Mein belgischer Kollege und EU.Pol-Vorsitzender Peter Smets hat in seiner Rede Ende Januar vor dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments unter anderem völlig zurecht darauf hingewiesen, dass es in einigen Ländern Bestrebungen gebe, zu polizeilichen Strukturen im Militärstil mit minimalen sozialen Rechten zurückzukehren. Das beabsich-

tigen wir gemeinsam abzuwenden. In anderen Ländern wird versucht, Polizeirichtlinien auszuhöhlen, was dazu führen würde, dass Beamte gezwungen wären, längere Arbeitszeiten bei geringerem Entgelt zu leisten. Auch dem wollen wir gemeinsam Einhalt gebieten.

GEWALT GEGEN POLIZEI KONSEQUENT VERFOLGEN

Peter Smets hat den Parlamentariern deutlich gemacht, dass in vielen europäischen Ländern die Aggression gegen Polizeibeamte stark zunimmt und im schlimmsten Fall zu gewaltsamen Todesfällen führt. Und da denken wir hier in unserem Land sofort an Kusel, Mannheim und Lauchhammer. Unsere Aufgabe ist ein Hochrisikoberuf. Dem muss auch Europa Rechnung tragen.

Er hat dem Ausschuss ins Gewissen geredet, denn: Trotz solcher Vorfälle versäumen es Justizsysteme in manchen Regionen, harte Konsequenzen gegen solche Taten durchzusetzen. Polizeibeamte fühlen sich oft sowohl von der Justiz als auch von ihren Arbeitgebern im Stich gelassen. Einige müssten nach Gewalttaten sogar ihre eigenen medizinischen Kosten tragen. Dieses fehlende Unterstützungssystem – sowohl von der Gesellschaft als auch von den Behörden – zermürbe die Moral der Beamten.

EU.Pol hat zuletzt mit mehreren Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEPs) zusammengearbeitet, um die Forderung für eine europäische Datenbank zur Gewalt gegen Polizeibeamte erheben zu können. Doch die Europäische Kommission betrachtet dies als nationale Angelegenheit. Wir wollen diese Haltung ändern. Präzise Daten sind entscheidend, um Probleme zu analysieren und Lösungen zu schaffen. Das ist ein klares Beispiel für den hohen Wert einer engagierten, europäisch-gewerkschaftlichen Vertretung. Wir liefern diese!

Als politisches Basispapier hat Eu.Pol das „Mission Statement: Together we are strong, Unity is our strength“ auf ihre Fahnen geschrieben. Top-Prioritäten sind das Wohlergehen und Wohlbefinden von Polizeibeamten, die Positionierung von Polizeiorganisationen in EU-Demokratien und die kollektive und individuelle Interessenvertretung für Polizeibeamte.

Wir sind auf dem Weg!

JOCHEN KOPELKE, Bundesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei (GdP)

www.katastrophenschutzkongress.de

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS



9.–10. SEPTEMBER 2025

EINSATZ DER ZUKUNFT

Alltag meets Zivilschutz und Klimawandel



VON GESAMTVERTEIDIGUNG ZU GANZHEITLICHER KRISENRESILIENZ

Plädoyer für eine umfassende Sicherheitsvorsorge

Mit den Begriffen Zeitenwende und Kriegstüchtigkeit sind vielzitierte Schlagworte für den sicherheitspolitischen Handlungsbedarf in Deutschland geprägt worden. Doch gravierender noch als bei den Streitkräften sind die langfristig aufgelaufenen Defizite in der übergreifenden ‚Allgefahrenabwehr‘. Der Handlungsdruck ist angesichts der Gefährdungen enorm, bestehende Konzepte greifen zu kurz, bisherige Maßnahmen sind Stückwerk. Es braucht einen substanziellen Neuanfang und es braucht ihn unverzüglich.

KRIEGSTÜCHTIG? KRISENRESILIENT!

Viele, auch nicht-militärische Gefahrenpotenziale sind weder örtlich noch inhaltlich eingrenzbar. Zudem entwickeln sie sich dynamisch und machen vor Zuständigkeitsgrenzen nicht halt. In einem ganzheitlichen Neuanfang muss daher neben das bewährte, lokal zentrierte Katastrophenmanagement in Deutschland komplementär ein leistungsfähiges ‚Top-down‘-System gestellt werden, das komplexe, überregionale und bundesweite Krisen – auch, aber nicht nur den Verteidigungsfall – bewältigen kann.

Parallel zum militärischen muss auch der Bedarf für das Funktionieren staatlicher Institutionen und kritischer Infrastruktur sowie für Schutz und Versorgung der Bevölkerung gedeckt werden. Der ist schon ohne militärische Bedrohung immens gestiegen – siehe z.B. Pandemie, Desinformation oder Energieknappheit.

Der Operationsplan Deutschland der Bundeswehr verspricht eine schrittweise Konkretisierung immerhin der militärischen For-



Foto: Malteser

Es fehlen Instrumente für die Verklammerung aller Akteure von der hohen politischen über die planerische bis hinunter zur Ausführungsebene.

**GENERALLEUTNANT A.D. MARTIN SCHELLEIS,
EHRENAMTLICHER BUNDESBEAUFTRAGTER
KRISENRESILIENZ, SICHERHEITSPOLITIK UND
ZIVIL-MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT DER
MALTESER**

derungen. Doch er hat keine zivile Entsprechung. Es fehlt nicht nur an klaren Vorgaben für die Zivilverteidigung – dem zweiten Standbein der Gesamtverteidigung. Es mangelt auch an Forderungen an eine übergeordnete Allgefahrenabwehr. Und es fehlen Instrumente für die Verklammerung aller Akteure von der hohen politischen über die planerische bis hinunter zur Ausführungsebene. Nur diese Verklammerung ermöglicht den erforderlichen ‚Whole-of-Society-Approach‘, den ganzheitlichen Ansatz für eine wirksame Resilienz gegen Krisen aller Art.

Und nur eine an konkreten Szenarien orientierte Analyse kann den Gesamtbedarf an Personal, Material und Infrastruktur für ein krisenresilientes Deutschland beziffern. Wieviel wird von was gebraucht? Allen voran stellt sich die Personalfrage: Eine Reaktivierung der Wehrpflicht scheint angesichts der weiter wachsenden Anforderungen an

die Bundeswehr unumgänglich. Aber wie ist es auf ziviler Seite? Kann der Personalbedarf im Wesentlichen durch Ehrenamtliche und Freiwillige gedeckt werden oder braucht es eine Dienstpflicht?

WIE WEITER?

Antworten darauf kann nur ein ganzheitlich angelegter und politisch von höchster Ebene permanent gepushter Prozess geben, der organisationsimmanentes Beharrungsvermögen in unserem föderalen, nach Ressortprinzip gegliederten System überwindet. Der Impuls dazu muss vom Kanzleramt ausgehen, alle föderalen Ebenen einbeziehen und alle Ressorts in die Pflicht nehmen – alle haben Anteil an Problemen wie Lösungen. Durch einen ganzheit-

lichen Ansatz, die entsprechende Transparenz und übergreifend vereinbarte Maßnahmen können die politischen Mandatsträger auf allen Ebenen ihrer Verantwortung überhaupt erst gerecht werden.

Zu den Sicherheitsrisiken für Deutschland gibt es keinen Erkenntnisbedarf. Natur- oder menscheninduzierte Katastrophen, einfache bis komplexe kriminelle, terroristische, hybride oder direkte militärische Bedrohungen – all das ist hinlänglich beschrieben. Nun muss von allen vorstellbaren auf die wahrscheinlichsten Risiken fokussiert werden und auf diese müssen wir uns gezielt vorbereiten.

Ausgehend von den Top-Risiken müssen Rechtsrahmen und Fähigkeiten (Organisation, Personal, Material und Infrastruktur) zu deren Einhegung bzw. Abwehr abgeleitet werden, das SOLL. Dem entgegenzusetzen ist das staatliche wie nicht-staatliche IST. Die erkannten Defizite sind ganzheitlich abgestimmt („wer kann was am besten“) und schrittweise zu beheben. Mit dem so entwickelten Instrumentarium sind wir dann auch auf die meisten der geringer priorisierten Gefahren hinlänglich gut vorbereitet.

Besonders drängt die Etablierung eines ressort-, ebenen- und organisationsübergreifenden vernetzten Führungssystems, das regelmäßig beübt wird. Jede/r politisch Verantwortliche muss einen Krisenstab unterhalten, der mit den anderen kommunizieren und ihr/ihm abgestimmte Entscheidungsmöglichkeiten unterbreiten kann. Das erst ermöglicht ein ganzheitliches Lagebild – Basis jeglicher zielgerichteten Planung, Steuerung und Wirkungskontrolle.

Ebenfalls drängend ist die Sensibilisierung des Personals aller potenziell systemrelevanten staatlichen und nicht-staatlichen Or-

ganisationen. Nicht nur Führungskräfte und Schlüsselpersonal, sondern schlicht alle Mitarbeitenden müssen in der Lage sein, ihre Aufgaben auch bei Störungen des Systems wahrnehmen zu können. Das setzt die mentale und praktische Vorbereitung bis in den privaten Bereich voraus.

Weitere wichtige Fragen für die ganzheitliche Analyse sind u.a.: Welche Fähigkeiten (z.B. zum Schutz gegen Drohnen, für die Unterbringung von Zivilpersonen, für die sanitätsdienstlichen Aufgaben, etc.) müssen für die Gefahrenabwehr aufgebaut bzw. verstärkt werden? Wovon und in welchem Umfang sind Material- (z.B. Notbrücken, Kräne, Bergungsgerät) oder Güterreserven (z.B. Verpflegung, Betriebsstoffe, Medikamente) anzulegen und durch wen?

SCHLÜSSELFaktor BEVÖLKERUNG

All das wird auch finanzielle Forderungen aufwerfen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bereit sein, den höheren Aufwand zu tragen und Verdrängungseffekte auf anderen Politikfeldern hinzunehmen. Zudem wird Krisenresilienz ohne die aktive Mitwirkung der Menschen in Deutschland nicht herzustellen sein. Sie müssen mehr für sich selbst und ihr unmittelbares Umfeld vorsorgen – eine schmerzhaftes Erkenntnis, dass der gefühlte Vollkaskostaat gerade in der Krise nur noch Teilkasko mit Selbstbeteiligung anbieten kann.

GENERALLEUTNANT A.D. MARTIN SCHELLEIS, Ehrenamtlicher Bundesbeauftragter Krisenresilienz, Sicherheitspolitik und Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Malteser



MOTOROLA
SOLUTIONS

Solving for safer

Bleiben Sie auch außerhalb der TETRA-Abdeckung in Verbindung



Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf motorolasolutions.com

Besuchen Sie uns auf dem Europäischen Polizeikongress | Stand 136

EINE ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT IST NICHT ERKENNBAR

Als Olaf Scholz am 27. Februar 2022 seine „Zeitenwende-Rede“ im Deutschen Bundestag hielt, war der Anlass dramatisch. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war den Europäern wie ein Stromschlag in die Glieder gefahren, die Verletzlichkeit des ganzen Kontinents wurde deutlich wie nie. Doch auch Jahre später ist Europa von einer Wehrhaftigkeit gegenüber militärischer Bedrohung weit entfernt, zu schnell war der Alltag eingeleert.

Es wäre ein guter Anlass gewesen, auch bei der Inneren Sicherheit über eine Zeitenwende nachzudenken. Bedrohung durch Cyber-Attacken und Internetkriminalität insgesamt, Banden- und Internetkriminalität, Gewalt im öffentlichen Raum und wachsende Terrorgefahren wären allemal ausreichende Gründe gewesen.

DIE ZEITENWENDE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT BLIEB AUS

Weit gefehlt. Während die Sicherheitsbehörden des Bundes weitgehend im Kampf gegen illegale Migration gebunden sind, machen die Länder weiter wie bisher. Wo auch immer der Terror zuschlägt, folgen sich ähnelnde Rituale, bevor möglichst rasch der Übergang zur Tagesordnung folgt. Je nachdem, wie die Opposition in den Parlamenten aufgestellt ist, müssen sich Verantwortliche unangenehme Fragen gefallen lassen, in Sachsen-Anhalt tagt ein Untersuchungsausschuss, von dem wohl schon bald niemand mehr reden wird.

Die Angst der Menschen steigt, das Vertrauen in den Staat sinkt. Rund 40 Prozent der Bevölkerung fühlt sich im öffentlichen Raum „unsicher“ bis „sehr unsicher“, immerhin 17 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Mehr als 70 Prozent der Menschen trauen dem Staat nicht mehr zu, seine wichtigsten Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen. Viele fühlen sich vom Staat alleingelassen, hilflos und ausgeliefert.

Der Staat nimmt unterdessen so viele Steuergelder ein wie nie zuvor. Gleichzeitig plant er für die Sanierung der Infrastruktur gigantische neue Schulden, wie passt das zusammen? Wo bleiben die vielen Milliarden, die Jahr für Jahr vom Bürger zum Staat wandern?

REGELUNGSDICHTE STATT SICHERHEITSKRÄFTE

Der öffentliche Dienst wächst, das spüren die Menschen nur daran, dass die Regelungsdichte und die Bürokratie zunehmen. Statt zusätzlicher Polizeikräfte, Ordnungsamtsmitarbeiter oder Rettungskräfte wächst vor allem die Größe der Ministerialbürokratie.



Foto: Friedhelm Windmüller

Die Angst der Menschen steigt, das Vertrauen in den Staat sinkt.

RAINER WENDT, BUNDESVORSITZENDER DER DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT (DPoLG)

Knapp 30.000 Beschäftigte zählt allein die Bundesregierung, eine Zunahme von mehr als 6.000 in den letzten zehn Jahren. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Das Kanzleramt wird mit Milliarden ausgebaut, die Zahl der Beschäftigten dort wird signifikant weiterwachsen, für Sicherheit auf den Straßen sorgt keiner von ihnen.

In den Ländern sieht es kaum besser aus. Da ist es schon von einer gewissen tragischen Komik, wenn sich ein Referat in der Staatskanzlei eines großen Bundeslandes um „Bürokratieabbau“ kümmern soll und eine Stabsstelle sich um „Demografischer Wandel, Einsamkeit“ bemüht. Als ob der demografische Wandel sich nicht von allein vollzieht. Wenigstens werden die Beschäftigten in der Staatskanzlei wohl kaum einsam sein. Notfalls könnte ein „Einsamkeitsbeauftragter“ helfen, der Ernennung von Beauftragten sind sowohl beim Bund als auch in den Ländern kaum Grenzen der Fantasie gesetzt. Die allermeisten sind schlicht überflüssig.

Währenddessen gehen Sicherheitsbehörden buchstäblich auf dem Zahnfleisch. Die Bereitschaftspolizei hetzt von einer gesellschaftlichen Großbaustelle zur nächsten, allein in der Hauptstadt müssen mehr als 7.000 geplante Einsätze jährlich bewältigt werden. Vom dramatischen Anstieg der Zahlen bei Pensionierungen ist die Politik überrascht worden, gerade so, als seien die Beschäftigten über Nacht gealtert. Dabei war dies genauso klar wie die Tatsache, dass die Zahl der möglichen Bewerbungen zurückgehen würde.

Währenddessen gehen Sicherheitsbehörden buchstäblich auf dem Zahnfleisch. Die Bereitschaftspolizei hetzt von einer gesellschaftlichen Großbaustelle zur nächsten, allein in der Hauptstadt müssen mehr als 7.000 geplante Einsätze jährlich bewältigt werden. Vom dramatischen Anstieg der Zahlen bei Pensionierungen ist die Politik überrascht worden, gerade so, als seien die Beschäftigten über Nacht gealtert. Dabei war dies genauso klar wie die Tatsache, dass die Zahl der möglichen Bewerbungen zurückgehen würde.

NEUE PILOTPROJEKTE STATT MODERNER TECHNIK

In der Inneren Sicherheit ist eine Zeitenwende nicht erkennbar. Weder werden signifikant zusätzliche Mittel eingestellt, um die neuen Herausforderungen zu schultern, noch ist man bereit, auf Synergien zu setzen. Zu sehr ist jeder einzelne Akteur stolz darauf, in seinem eigenen Sandkasten neue „Pilotprojekte“ aufzusetzen, dazu natürlich eigene Projektgruppen, Arbeitskreise und alles, was dazugehört. In Deutschland muss beispielsweise jedes einzelne Land „eigene Erfahrungen sammeln“, wenn es nur um die Einführung des Distanzelektroimpulsgerätes (DEIG) geht, statt auf die Erfahrungen derjenigen zu setzen, die das längst erprobt haben. Und bei der Einführung einer blauen Polizeiuniform haben die Länder sich in ihrer ganzen bürokratischen Pracht entfaltet, als ob die Polizei nichts anderes zu tun gehabt hätte.

Dabei leistet die Industrie eine herausragende Arbeit. Modernste Videotechnik, KI-gesteuert und von grundrechtsschonender Ein-



griffstiefe, Analyseprogramme und KI-gestützte Steuerung von Prozessen, faseroptische Sensorik, auch und gerade zum Schutz kritischer Infrastruktur, moderne Dienststellen, die der Eigensicherung Rechnung tragen, Polizeifahrzeuge für den Streifendienst mit modernster Computerausstattung u.v.a.m. sind lange entwickelt und werden immer wieder präsentiert. Aber in der Realität stehen die Kolleginnen und Kollegen staunend und zunehmend frustriert vor diskutierenden Politikern, die seit Jahren dasselbe reden und nur in Trippelschritten unterwegs sind, wo Geschwindigkeit nötig wäre.

ABNEHMENDES VERTRAUEN IN DEN STAAT

Eine Zeitenwende für die Innere Sicherheit ist längst überfällig. Personal, Technik und Gesetzgebung müssen für die notwendige Resilienz unserer Gesellschaft sorgen und das Vertrauen in den Staat wiederherstellen. Erprobung, Beschaffung und Inbetriebnahme moderner Einsatzmittel müssen bundesweiten Standards folgen und nicht in den parteipolitischen Querelen einzelner Län-

derparlamente zerredet werden. Unser Land schafft es schon in Friedenszeiten nicht, das Schutzversprechen unserer Verfassung einzulösen und die Angst der Menschen auch nur einzudämmen.

Unter dem Verlust des Vertrauens in den Staat leidet die Akzeptanz unserer demokratischen Institutionen und Akteure. Die Folge sind eine Zunahme der Fliehkräfte im Gesellschaftsgefüge und die Zerfaserung in Einzelinteressen. Das stärkt politische Kräfte, von denen kein Demokrat will, dass sie noch weiter wachsen.

RAINER WENDT, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)

DIE BAYERISCHE GRENZPOLIZEI – EIN BAYERISCHER SONDERWEG

Die sicherheitspolitische Landschaft Deutschlands hat sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Die Neuerrichtung der Bayerischen Grenzpolizei im Jahr 2018 war sicherlich eine Reaktion auf diese Veränderungen. Damit setzte der damalige und heutige Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder einen ersten Schwerpunkt, um der anhaltenden illegalen Migration und insbesondere dem menschenverachtenden Schleuserwesen sowie der grenzüberschreitenden Kriminalität entschieden zu begegnen.

Aufgrund dieses bayerischen Sonderweges waren in der Vergangenheit verschiedene Widerstände zu überwinden, die teilweise bis heute nachwirken.

Mit Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs im Jahr 2020 wurde die Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei als verfassungsgemäß bestätigt. Die Bayerische Grenzpolizei kann aufgrund der ihr unmittelbar durch Bundesrecht und allgemeines Landespolizeirecht zustehenden Befugnisse eigenständige Grenzkontrollen auf Anforderung oder mit Zustimmung der Bundespolizei durchführen.

Die strategische Neuausrichtung der Bayerischen Polizei, neben dem Bayerischen Erfolgsmodell der Schleierfahndung (Art. 13 Absatz 1 Nr. 5 Polizeiaufgabengesetz-PAG) als Ausgleichsmaßnahme für den Wegfall der Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen wieder eine Bayerische Grenzpolizei zu errichten, die in enger Zusammenarbeit mit der Bundespolizei eigenständige Grenzkontrollen durchführt, erweist sich im Nachhinein als „goldrichtige“ Entscheidung.

Die Bayerische Grenzpolizei verzeichnet für das Jahr 2024 mit 2.385 unerlaubten Einreisen und Wiedereinreisen an den Land- und Luftgrenzen einen deutlichen Rückgang um fast 49 Prozent gegenüber dem Vorjahr (4.667). Die Zahl der Schleusungsfälle ist mit 160 Delikten gegenüber dem Vorjahr 2023 (413) um knapp 61 Prozent zurückgegangen. Dennoch kann keine Entwarnung gegeben werden, die Zahlen bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.

622 Eigentums- und Vermögensdelikte wurden bearbeitet (+13,9 Prozent, 2023: 546), darunter ein beeindruckender Fall: Bei einer Schleierfahndungskontrolle auf der Bundesautobahn A3 im November 2024 stellten Schleierfahnder rund eine Million Euro Bargeld sicher und leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Geldwäsche ein.



Foto: Direktion Bayerische Grenzpolizei

Sicherheit ist letztlich die unabdingbare Voraussetzung für unsere Freiheit.

ANNETTE LAUER, DIREKTORIN DER BAYERISCHEN GRENZPOLIZEI

Über 1.000 Waffen- und Sprengstoffdelikte wurden aufgedeckt (1.100; 2023: 1.064). Im Bereich der Urkundendelikte waren es 1.383, ein Plus von knapp 7 Prozent (2023: 1.296). Schließlich verzeichnete die Bayerische Grenzpolizei mehr als 18.600 Fahndungstreffer und stellte rund 680 kg Rauschgift sicher.

„SICHERHEIT IST DIE VORAUSSETZUNG FÜR FREIHEIT“

Die Jahresbilanz 2024 der Bayerischen Grenzpolizei zeigt deutlich, dass die aktuellen temporären stationären Grenzkontrollen an den Landgrenzen zur Republik Österreich und zur Tschechischen Republik, die Grenzkontrollen an den Schengen-Außergrenzen an unseren

Flughäfen Nürnberg und Memmingen sowie die weiter intensivierten Schleierfahndungsmaßnahmen ihre volle Wirkung entfalten.

Der Schlüssel zum Erfolg der Bayerischen Grenzpolizei liegt in der flexiblen und lageorientierten Kombination von Grenzkontrollen und flankierenden Schleierfahndungsmaßnahmen. Durch die Unvorhersehbarkeit der Kontrollen wird eine hohe Abschreckungswirkung erzielt. Voraussetzung für die auch in Zukunft erfolgreiche Arbeit der Bayerischen Grenzpolizei ist neben dem hohen Engagement und dem professionellen „Fahnderwissen“ der Grenzpolizistinnen und -polizisten eine hochmoderne technische Ausstattung sowie eine stetige personelle Verstärkung. So wird die Bayerische Grenzpolizei nach Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder von 935 perspektivisch auf 1.500 Stellen aufgestockt.

Die über Jahre gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, insbesondere im Rahmen kurzfristiger lageangepasster Abstimmungen über Grenzkontrollen und Schleierfahndungsmaßnahmen, steht für den Zusammenhalt zwischen der Bayerischen Grenzpolizei und der Bundespolizei. Gemeinsam sind wir im Grenzraum zur Republik Österreich und zur Tschechischen Republik im Einsatz, um illegale Migration und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen. Diese erhöhte Kontrolldichte im Grenzraum sorgt für mehr Sicherheit.

Sicherheit nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland! Diese Sicherheit ist letztlich die unabdingbare Voraussetzung für unsere Freiheit.

ANNETTE LAUER, Direktorin der Bayerischen Grenzpolizei



Messenger neu denken – Föderation jetzt!

**Föderierte Systeme sind der
Schlüssel – sicher, souverän und
organisationsübergreifend.**

Kommunikation ist Vertrauenssache. Mit föderierten Systemen bietet stashcat Behörden europaweit eine sichere, interoperable Lösung – ohne Kompromisse bei Datenschutz und Kontrolle.

Besuchen Sie uns am Stand 115 auf dem European Police Congress und entdecken Sie, wie Einsatzfähigkeit und Zusammenarbeit durch digitale Souveränität nachhaltig profitieren.

stashcat.com European Police Congress | Stand 115



ENTSCHLOSSEN HANDELN – DIE ZEITENWENDE IN DER INNEREN SICHERHEIT UMSETZEN! FORDERUNGEN DES BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER E.V. (BDK)

Die Sicherheitslandschaft in Deutschland befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Wir stehen vor einer Vielzahl neuer und komplexer Herausforderungen, die eine grundlegende Neuausrichtung unserer Sicherheitsarchitektur erfordern. Die fortschreitende Digitalisierung hat nicht nur unseren Alltag verändert, sondern auch die Kriminalität in neue Dimensionen geführt. Gleichzeitig bleiben traditionelle Bedrohungen bestehen und neue Gefahren entstehen, die unsere Sicherheitsbehörden vor beispiellose Aufgaben stellen.

Die Bedrohungen im digitalen Raum nehmen stetig zu, mit einer wachsenden Zahl von Cyberangriffen auf staatliche Institutionen, Unternehmen und Privatpersonen. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Schäden erreichen jährlich neue Rekordwerte. Parallel dazu beobachten wir eine besorgniserregende Zunahme von Angriffen auf Repräsentanten unseres demokratischen Systems.

Globale Entwicklungen und internationale Konflikte wirken sich unmittelbar auf die Sicherheitslage in Deutschland aus. Wir müssen uns auf mögliche Veränderungen in Migrationsströmen und deren gesellschaftliche Auswirkungen einstellen. Zudem bleiben Terrorismus, organisierte Kriminalität und irreguläre Migration zentrale Herausforderungen für unsere Sicherheitsbehörden.

Angesichts dieser vielschichtigen Bedrohungslage ist es unerlässlich, eine „Zeitenwende“ in der Inneren Sicherheit einzuleiten. Unsere Sicherheitsorgane benötigen eine zeitgemäße Ausstattung, angemessene Befugnisse und moderne technologische Mittel, um diesen komplexen Herausforderungen effektiv begegnen zu können.

DIE VIELSCHICHTIGE BEDROHUNGSLAGE

Unsere Gesellschaft steht vor einer Vielzahl von Bedrohungen, die sich gegenseitig verstärken und ein komplexes Zusammenspiel bilden. Die Herausforderungen sind vielschichtig und erfordern ein umfassendes und koordiniertes Vorgehen.

- **Organisierte Kriminalität (OK):** Die OK profitiert von Globalisierung und Digitalisierung und agiert international und phänomenübergreifend. Kriminelle Netzwerke untergraben zunehmend unsere Rechtsstaatlichkeit und sind demokratiegefährdend. Die Bekämpfung der OK erfordert daher eine effektive und koordinierte Zusammenarbeit aller beteiligten Strafverfolgungsbehörden, die sowohl hinsichtlich der personellen Ressourcen wie auch in ihrer Organisationsstruktur (Schwerpunktabteilungen OK) eine Stärkung erfahren müssen. Daher setzen wir uns u. a. für die Übertragung der Zuständigkeit für die Bekämpfung der OK auf den Generalbundesanwalt



Foto: BDK (Bund deutscher Kriminalbeamter)

Kriminelle Netzwerke untergraben zunehmend unsere Rechtsstaatlichkeit und sind demokratiegefährdend.

**DIRK PEGLOW, BUNDESVORSITZENDER
BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER**

ein, um auch justiziell eine effektivere Verfolgung dieser komplexen Kriminalitätsform zu gewährleisten.

- **Cyberkriminalität:** Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen, Unternehmen und Privatpersonen nehmen stetig zu und bedrohen unsere digitale Souveränität. Die enormen Schäden, die durch Cyberkriminalität entstehen, erfordern eine massive Stärkung der Cyberabwehr und eine Anpassung unserer gesetzlichen Rahmenbedingungen an die dynamische Entwicklung der Bedrohungslage. Der BDK fordert eine Grundgesetzänderung zur Schaffung einer Gesetzgebungskompetenz für den Bund zur Abwehr schwerwiegender Cybergefahren. Das Bundeskriminalamt muss mit der Abwehr schwerwiegender Cybergefahren betraut

und mit den hierfür erforderlichen cyberspezifischen Befugnissen im BKAG ausgestattet werden.

- **Datenspeicherung und -auswertung modernisieren:** Die allgemeine und anlassbezogene Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten ist unerlässlich, um Straftaten aufzuklären und verhindern zu können. Wir fordern die Einführung allgemeiner und anlassloser Mindestspeicherfristen für IP-Adressen und Portnummern zur Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr für die Dauer von 3 Monaten.

- **Die Telekommunikationsdienste müssen verpflichtet werden,** bei Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen unverschlüsselte und vollständige Überwachungskopien auszuleiten. Diese Verpflichtung muss auch die Speicherung und Beauskunftung aller zur Identifizierung eines Endkundenanschlusses notwendigen Daten beinhalten.

- **Finanzkriminalität und Geldwäsche:** Kriminelle Organisationen nutzen Deutschland als Drehscheibe für illegale Geldflüsse. Die Bekämpfung dieser Straftaten erfordert eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und effektive Maßnahmen zur Einziehung von Vermögenswerten. Die bisherigen Bemühungen sind unzureichend und müssen deutlich verstärkt werden.

- **Wir fordern eine explizite Regelung von Beweiserleichterungen bei der Geldwäsche,** die den Nachweis der Vortat erleichtert und eine Reform des Straftatbestands der Geldwäsche, die auch ersparte Aufwendungen als taugliche Vortat einzubeziehen. Die Möglichkeit der Einziehung von Hawala-Geldern als Tatobjekt muss geschaffen werden.

Zur Eindämmung von Geldwäsche fordern wir die schnellstmögliche Einführung einer Barzahlungsobergrenze, eines Barzahlungsverbots für bestimmte Risikobranchen und die Errichtung verlässlicher Register mit Zugriffsrechten für die Polizeibehörden.

- **Terrorismus:** Die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus aber auch durch Rechts- und Linksextremismus ist unverändert hoch. Sie stellen eine permanente Bedrohung für unsere Demokratie dar und müssen konsequent bekämpft werden. Zugleich führt die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft zu einem Anstieg von Hass und Hetze im Netz und zu gewalttätigen Übergriffen auf Politiker und Andersdenkende. Der Schutz unserer demokratischen Grundwerte und die Sicherheit unserer Repräsentanten müssen daher zielgerichtete Bekämpfungsstrategien zur Folge haben.

- **Illegale Migration:** Ungesteuerte Zuwanderung kann zu einer Überlastung der Integrationsstrukturen und die Innere Sicherheit gefährden. Eine effektive und humane Migrationspolitik ist daher unerlässlich, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Sie muss zum Ziel haben, die irreguläre Migration einzudämmen und ausländische Straftäterinnen und Straftäter konsequent abzuschieben.

- **Cyberkriminalität:** Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen, Unternehmen und Privatpersonen nehmen stetig zu und bedrohen unsere digitale Souveränität. Die enormen Schäden, die durch Cyberkriminalität entstehen, erfordern eine massive Stärkung der Cyberabwehr und eine Anpassung unserer gesetzlichen Rahmenbedingungen an die dynamische Entwicklung der Bedrohungslage. Der BDK fordert eine Grundgesetzänderung zur Schaffung einer Gesetzgebungskompetenz für den Bund zur Abwehr schwerwiegender Cybergefahren. Das Bundeskriminalamt muss mit der Abwehr schwerwiegender Cybergefahren betraut und mit den hierfür erforderlichen cyberspezifischen Befugnissen im BKAG ausgestattet werden.

**DIRK PEGLOW, Bundesvorsitzender
Bund Deutscher Kriminalbeamter**

BOOTH 92



Davidhorn

Equipped for Justice

Empowering Police with Interview Recording and Productivity Tools to Make Investigations Efficient, Accurate and Fair.



Join our panel on 20.05.
Modern Police Interviewing Solutions for Efficient Investigative Work (in German only)

Certifications:



Explore our products:





UNDERMINING COMMUNITY

Die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen weisen in diesen Jahren ein ungewöhnliches Ausmaß und eine hohe Rasananz auf. Die Staaten der Europäischen Union stehen erkennbar unter einem immer stärker werdenden Druck und man kann mittlerweile wirklich von einer Zeitenwende reden.

Die festzustellenden Spaltungen in der Gesellschaft, der rauere Ton, die erkennbar rücksichtsloser agierenden kriminellen Gruppen stellen damit auch die verschiedenen Polizeien vor zunehmend härtere Herausforderungen.

So sind hier aus polizeilicher Sicht beispielsweise die Aktivitäten im Bereich der familienbasierten Kriminalität (Clans), die Schlepperkriminalität und deren Folgen (illegale Immigration) für den europäischen Raum und auch die sich ausweitende Flutung der EU mit Drogen, wie beispielsweise Kokain aus Südamerika, zu nennen. Nicht zu vergessen die Cyber- und Finanzkriminalität, die immer mehr Arbeitskapazitäten der Kriminalpolizei bindet.

Auch die jedem Beobachter bekannte Situation in Osteuropa und hier insbesondere der Krieg in der Ukraine haben Auswirkungen auf die hiesigen Gesellschaften und damit auch unsere Polizeien. Kommt es u. U. zu weiteren Fluchtbewegungen, wird sich dies automatisch auf die Kriminalitätszahlen in den Zielländern der EU auswirken. Kommt es eventuell zu einem Stillstand der Waffen, kann man davon ausgehen, dass mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die verschiedenen europäischen Polizeien, neben anderen Institutionen, mit einem Mandat der EU, der OSZE oder der UNO in die Ukraine entsandt werden, um die dortige Polizei zu unterstützen und zu stabilisieren.

VERSCHMELZUNG VON „OBERWELT“ UND „UNTERWELT“

Also schon vor dem Hintergrund dieser Beispiele mehr als genug Herausforderungen!

Darüber hinaus beginnt sich mittlerweile ein neuerer Begriff in der Polizeiarbeit zu verfestigen. Bisher eher Insidern bekannt etabliert sich im kriminalpolizeilichen Sprachgebrauch der Begriff des Undermining Community.

Darunter kann man Kriminalität fassen, die unter dem Deckmantel legaler Strukturen und Vorgehensweisen stattfindet. Im Holländischen spricht man von „Ondermijning“, im Deutschen könnte man es mit dem Begriff „Unterwanderungskriminalität“ umschreiben. Insider deuten es in die Richtung, dass die „Unterwelt“ (Kriminelle) versucht sich mit der „Oberwelt“ (normale Gesellschaft) zu vermischen.

Eine genauere Definition fällt speziell in Deutschland noch schwer. Danach ist dieses langsame Eindringen in die Zivilgesellschaft eine beabsichtigte Folge der kriminellen Aktivitäten, um die Grenzen zwischen „Oberwelt“ und „Unterwelt“ immer weiter verschwimmen zu lassen.



Foto: Uwe Mainz

Es geht um die Nutzung legaler Strukturen und Unternehmen um kriminelle Aktivitäten sowie deren Gewinne zu verbergen.

**UWE MAINZ, EHEMALIGER LEITER
DER OBERHAUSENER DIREKTION
KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG**

Kriminelle gründen mit dieser Intention Firmen, beantragen Genehmigungen und mieten und kaufen Immobilien. Dazu benötigen sie eine zunehmende und ständig enger werdende Zusammenarbeit mit der „Top-Welt“, beispielsweise also mit Politikern, Behördenvertretern, Immobilienmaklern, Autovermietungen, Verwaltungsbüros, Notaren usw.

Auch der einzelne Beamte oder auch normale unbescholtene Bürger sind das Ziel. Restaurants, Shisha Bars, Barbershops, wie aber auch eigentlich alle normalen legalen Geschäftsbetriebe, sind ebenfalls im Fokus. Und – nicht zu vergessen – spielen auch Häfen eine nicht unwesentliche Rolle, da es insbesondere hier um internationale Zugänge und umfangreiche materielle und finanzielle Umsätze geht. Vermehrt findet diese

Unterwanderung auch in Branchen und Geschäftsformen statt, in denen noch viel Bargeld genutzt wird. Legale Geschäftsbetriebe werden dann genutzt, um inkriminiertes Geld zu waschen.

LEGALE GESCHÄFTE ALS FASSADE FÜR KRIMINELLE AKTIVITÄTEN

Nach den gegenwärtigen Beobachtungen findet die „Unterwanderungskriminalität“ vermehrt auch im ländlichen Raum statt. Hier lassen sich illegale Aktivitäten auch aufgrund der geringeren Polizeidichte besser verdecken.

Kriminelle Organisationen nutzen oft legale Geschäfte als Fassade, um ihre illegalen Aktivitäten zu tarnen. Im Wesentlichen sprechen wir dabei von Geldwäsche, Drogenhandel oder Menschenhandel.

Prinzipiell geht es also um die Nutzung legaler Strukturen und Unternehmen um kriminelle Aktivitäten sowie deren Gewinne zu verbergen, „weiß zu waschen“ und ihren kriminellen Zielen entsprechend auf Gesellschaft und Politik Einfluss zu nehmen. Man kann diese Vorgehensweise sinnbildlich auch als ein ständiges Einwirken der Organisierten Kriminalität auf unsere zivile Gemeinschaft betrachten.

Zentrales Merkmal dieser Kriminalität ist folglich der Wille und die Fähigkeit, sich in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft einzunisten.

Die ersten Feststellungen der Unterwanderung sind häufig in den betroffenen Kommunen zu beobachten, wo mittel- oder langfristig ein Anstieg von Gewalt, Drogenmissbrauch und sozialer Instabilität zu verzeichnen ist. Die immer deutlicher werdende erkennbare Präsenz solcher Organisationen beeinträchtigen schließlich das Sicherheitsgefühl der Bürger erheblich und führen zu einem Rückgang des sozialen Zusammenhalts.

Dies hat zur Folge, dass diese negative Einwirkung das tägliche Leben der Menschen zunehmend beeinflusst und infolgedessen das Vertrauen der Bürger in Institutionen schwindet. Im Ergebnis führt dieses Unterwandern/Untergraben/Einsickern zu einer kriminellen Durchsetzung und damit Schwächung der Gesellschaft. Und

ist letztendlich mit der Gefahr verbunden, dass es zu einer völligen Zerrüttung eines Staates führt.

Vor diesem Hintergrund sollte es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, und hier ist natürlich insbesondere auch die Polizei gefordert, ein solches Unterwandern zu erkennen. Und Konsequenz muss sein, dieses von krimineller Seite organisierte Vorgehen einzudämmen, ggf. sogar zu stoppen.

GRENZÜBERSCHREITENDE AKTIVITÄTEN KRIMINELLER GRUPPIERUNGEN

Als Bestandteil der Vorgehensweise speziell der Organisierten Kriminalität stellt das Undermining erkennbar eine ernsthafte Gefahr für die zivilen Gesellschaften dar, da sie tief in soziale, wirtschaftliche und politische Strukturen eindringt.

Diese Strukturen erstrecken sich längst auch über Grenzen hinweg. Wobei diese Grenzüberschreiten den kriminellen Gruppierungen wesentlich leichter fällt als den Behörden der verschiedenen Staaten. Für diese staatlichen Organisationen sind die Grenzen und die damit verbundenen unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben natürlich erst einmal hinderlich. Aus polizeilicher Sicht darf man bei dieser beschriebenen Thematik den

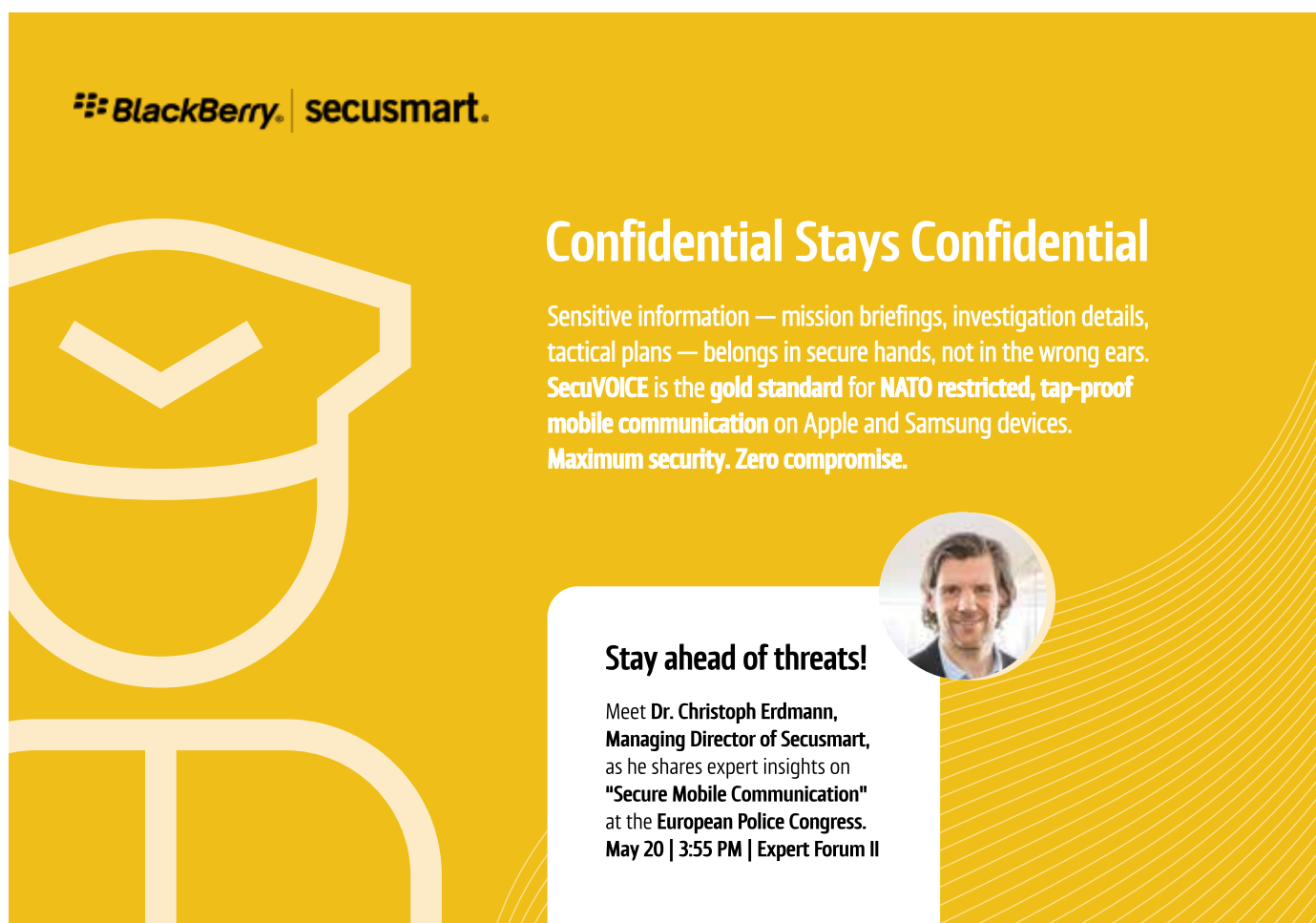
Niederlanden eine Vorreiterrolle zubilligen. Die holländische Regierung treibt der Wille, diesen Kriminellen nicht zuzubilligen, allein in der Initiative zu bleiben. Die Bürger sollen ihre Arbeit ohne Bedrohung oder Einschüchterung verrichten können.

Hier versucht man der Entwicklung mit der Einrichtung von mehreren „Regionale Informatie- en Expertisecentrum“ (RIEC) Rechnung zu tragen und in einem gemeinsamen Ansatz verschiedener Behörden gegen dieses „Ondermijning“ vorzugehen. In den Niederlanden beschäftigen sich insgesamt 10 sogenannte RIEC mit jeweils 40 bis 60 Mitarbeitenden und einem nationalen „Landelijk Informatie- en Expertisecentrum“ (LIEC) mit der Thematik und bringen die Partner zusammen an einen Tisch. Sie sind dem Minister für Justiz und Sicherheit der Niederlande direkt unterstellt und haben bereits erste Erfolge.

Hier sollten auch andere Polizeien ansetzen!

Wir werden auf jeden Fall diesen Faden beim Europäischen Polizeikongress 2025 aufnehmen!


UWE MAINZ, Ehemaliger Leiter der Oberhausener Direktion Kriminalitätsbekämpfung



BlackBerry | secusmart.

Confidential Stays Confidential

Sensitive information — mission briefings, investigation details, tactical plans — belongs in secure hands, not in the wrong ears. **SecuVOICE is the gold standard for NATO restricted, tap-proof mobile communication on Apple and Samsung devices. Maximum security. Zero compromise.**



Stay ahead of threats!

Meet **Dr. Christoph Erdmann, Managing Director of Secusmart**, as he shares expert insights on **"Secure Mobile Communication"** at the **European Police Congress. May 20 | 3:55 PM | Expert Forum II**

HERAUSFORDERUNGEN UND ENTWICKLUNGEN DER POLIZEILICHEN AUFGABENWAHRNEHMUNG

Die „Zeitenwende für die Innere Sicherheit“ ist das zentrale Thema und der rote Faden des 28. Europäischen Polizeikongresses, beschreibt er doch trefflich das Ziel, dass es innenpolitisch zu erreichen gilt.

Der Kongress greift wie immer sicherheitspolitische Fragen auf, die den Staat aktuell herausfordern und auf die Bürgerinnen und Bürger kompetente Antworten und Reaktionen erwarten.

Neben diesen zentralen Themen, die im Hauptprogramm in hochkarätigen Diskussionen und Vorträgen mit Politikern und kompetenten Fachleuten aus dem In- und Ausland aufgegriffen werden, räumt der Kongress ebenso den aktuellen Fragen, Herausforderungen und Entwicklungen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung in der gesamten Vielfalt breiten Raum ein. Den Besucher erwarten hier spannende Side Events, Symposien und Panels.

KRISENHERDE UND MIGRATION

Während im Hauptprogramm das Thema der Migration aus der sicherheitspolitischen Sicht erörtert wird, werden in Fachforen die tagtäglichen Herausforderungen der Flüchtlingsthematik betrachtet. Ein zentrales Thema ist die Unterbringung der Flüchtlinge einschließlich der Sicherheit der Flüchtlingseinrichtungen. Eine ausgesprochen anspruchsvolle staatliche Aufgabe. Referenten aus Deutschland und Polen werden ihre Erfahrungen und Lösungen zu diesem aktuellen Thema darstellen. Weltweite Krisenherde, aber auch der Klimawandel, werden die Themen Flucht und Migration und damit den Umgang mit geflüchteten Menschen zu einer dauerhaften Herausforderung machen. Insoweit sind langfristige Konzepte und keine provisorischen, sondern dauerhafte Unterbringungslösungen anzustreben. Bereits beim Bau/Umbau und Gestaltung einer Flüchtlingseinrichtung können wichtige Grundlagen für die spätere Sicherheit im Betrieb gelegt werden.

Eine Zeitenwende findet derzeit nicht nur in der Politik statt, sondern auch in der polizeilichen Mobilität. Während im vergangenen Jahr Wege der Transformation des polizeilichen Fuhrparks hin zur Elektromobilität im Mittelpunkt eines Side Events standen, wird in diesem Jahr das vernetzte und automatisierte Fahren als Chance und Herausforderung für die polizeiliche Mobilität in den Fokus genommen. Wie kann der Arbeitsplatz „Straße“ für Einsatzkräfte sicherer werden? Welche Anforderungen stellen die Nutzer und Berufsvertretungen an den mobilen Arbeitsplatz „Streifenwagen“, wie bleibt polizeiliche Mobilität künftig noch bezahlbar und welche Standards muss sie erfüllen? Unter anderen mit diesen Fragen werden sich die Referentinnen und Referenten des Events auseinandersetzen.

PRÄVENTIONSANSÄTZE IN DER POLIZEIARBEIT

Messerangriffe und Messergewalt beunruhigen unverändert die Bevölkerung. Das Phänomen, das bereits im zurückliegenden EPK



Die Polizeiarbeit verändert sich mit enormer Dynamik.

RÜDIGER WOLLGRAMM, LEITENDER POLIZEIDIREKTOR A.D.

2024 in einem Panel aufgegriffen wurde, findet in diesem Jahr seine logische thematische Fortführung in einem Symposium, das Präventionsansätze in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen wird. Können solche Taten verhindert werden, wo muss angesetzt werden, um diesem Gewaltphänomen langfristig Herr zu werden? Der Blick

wird sich hier sowohl auf den Einsatz- oder Veranstaltungsraum, bestimmte Zielgruppen, personenorientierte Maßnahmen wie auch auf Konzepte zur Früherkennung von Menschen mit hohem Risikopotential richten. Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichen Bereichen werden ihre vielfältigen Lösungsansätze zur Diskussion stellen.

EFFIZIENTERE POLIZEIARBEIT DURCH TECHNISCHE ENTWICKLUNGEN

Das Konzept des diesjährigen Polizeikongresses bietet in Panels und Side Events nicht nur Spezialisten und Spezialkräften ein Podium, sondern widmet vier Foren dem Einsatz im täglichen Dienst und bringt damit die Wertschätzung gegenüber den Polizeibeamtinnen und -beamten zum Ausdruck, die 24/7 für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Staat sorgen. Die Arbeit in den tragenden vier Säulen „Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und Verwaltung“ verändert sich mit enormer Dynamik. Der einsatz- bzw. kriminaltaktische Umgang mit aktuellen Phänomenen wird hier ebenso ein Thema sein, wie aktuelle technische Entwicklungen. Kann KI den täglichen Dienst effizienter und sicherer machen, welche Fortschritte der digitalen Fahrzeugforensik werden die Unfallaufnahme und Beweisführung bei schwersten Verkehrsunfällen weiter verbessern und damit auch den steigenden Anforderungen, die u. a. das automatisierte Fahren mit sich bringt, genügen?

Die hochdynamische Evolution der Ausrüstung und Ausstattung der Polizei erfordert flexible und hochprofessionelle Abläufe im Rahmen der Ausschreibung und Beschaffung. Angesichts dieser Tatsache wird sich das Forum der Verwaltung folgerichtig der wichtigen Vergabethematik widmen. Schnelle und erfolgreiche Beschaffungen sind ebenso die Grundlage erfolgreicher Polizeiarbeit, wie kompetente Einsatzbewältigung oder Ermittlungsarbeit.

Mit Blick auf die gerade angesprochenen teilweise rasanten Veränderungen der polizeilichen Herausforderungen und die demografische Entwicklung in den Polizeien des Bundes und der Länder ist hier der Blick auf den vom „Behörden Spiegel“ ausgelobten „Zukunftspreis Polizeiarbeit“ zu richten. Er bietet kommenden Führungskräften ein viel beachtetes Podium ihre innovativen Forschungsergebnisse zu präsentieren und damit aktiv an der Fortentwicklung und Gestaltung der künftigen polizeilichen Arbeit mitzuwirken.

GROSSE THEMENBANDBREITE IN FOREN UND SIDE-EVENTS

Zurück zu den Foren und Side Events. Die dargestellten Beispiele bilden nur einen Teil der in den Fachforen angebotenen Themen

ab. In der Gesamtschau werden hier nahezu alle Facetten der aktuellen Polizeiarbeit und Führung und den hiermit in Zusammenhang stehenden Themenstellungen und Herausforderungen zu finden sein. Der Bogen spannt sich von Fragen der inneren Führung, über hochaktuelle Themen der Einsatzbewältigung, Kriminalitätsbekämpfung und polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit bis hin zu den Innovationen der Polizeitechnik, einschließlich hochaktueller KI-basierender Anwendungen für die Polizei. Die aktuelle Sicherheitslage mit ihrem hybriden Gefährdungsszenarien erfordert einen umfänglichen Schutz kritischer Infrastrukturen, der hier ebenso wie die mobile Breitbandkommunikation und andere technische Innovationen, die den polizeilichen Alltag grundlegend verändern und polizeiliche Arbeit noch effizienter und erfolgreicher machen, Berücksichtigung finden. Selbst die polizeiliche Vernehmung unterliegt diesen Veränderungsprozessen. Auch die Berufsvertretungen werden mit ihren Themen angemessen vertreten sein.

Der Ausstellungsbereich mit seinen 160 privaten und öffentliche Unternehmen und Organisationen, darunter auch die Polizeien des Bundes und der Länder, rundet den Kongress ab. Der Wissensbegeisterer, wie auch der Technologiescout, wird hier ein ansprechendes Angebot vorfinden.

Last but not least bietet der Kongress viele Möglichkeiten zum Networking auf nationaler und internationaler Ebene und dies nicht nur im Rahmen der Abendveranstaltung. Vielleicht ist dies sogar eines der wichtigsten Merkmale, die diesen Kongress ausmachen, ihn von anderen abheben und so sympathisch macht.

RÜDIGER WOLLGRAMM, Leitender Polizeidirektor a.D.

POLIZEITAGE 2025

WIR DISKUTIEREN SICHERHEIT!

23.04.2025 Polizeitag Magdeburg

16.06.2025 Digitaler Polizeitag

27.08.2025 Polizeitag Mainz

01.10.2025 Polizeitag Potsdam

27.11.2025 Polizeitag München

Behörden Spiegel



Eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

IMPRESSIONEN 2024



INTEGRA

Central Investigation & Intelligence Fusion Platform

INTEGRA enables organizations to ingest, process, correlate, investigate and analyze massive amounts of data from heterogenous sources, covering the entire Intelligence lifecycle within the agency.



Sovereign



Configurable



On-Premises



Big Data & Graph DB



Data Science & AI




Scalable

CYBERMEDIA

Cyberspace Investigation Platform


CYBERMEDIA provides organizations with monitoring, search, collect, investigation and engagement capabilities on the various areas of the Cyberspace.

WEBINT



Clear Web Searches

SOCMINT



Social Media & Online Apps Searches

IMINT



Image Searches

DEEP & DARKINT



Leaks, Deep & DarkWeb Searches

INFOSEC



Cybersecurity Searches

WEB CRAWLER



Direct Web Data Collection

VIRTUAL HUMINT



Pseudonym engagement

COLLECTION CAMPAIGN



Various Cyberspaces Consolidation





EUROPEAN POLICE CONGRESS

「SAVE
THE
DATE」

22.–23.
APRIL
2026

CityCube Berlin